

# **b** unabhängige **auernstimme**

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



## **30.000 Menschen in Bewegung**

Foto: Weißenberg

### **Wir haben es satt!**

Viel Protestsuppe wurde gekocht an diesem Wochenende im Januar, eine bunte, gesellschaftlich breit aufgestellte Bewegung demonstrierte für gutes Essen. Vorneweg die Bauern mit ihren Treckern. Dazu der Kommentar auf Seite 2 und die **Seiten 11 bis 13**

### **Agrarpolitik**

Stelldichein der Verbandsvertreter und Politiker auf der Grünen Woche, noch bleibt der neue Bundesminister vorsichtig, wenn es um eine wirkungsvolle Umsetzung der GAP in Richtung bäuerlich, sozial, ökologisch geht. Wie geht's weiter auf den **Seiten 4 bis 7**

### **Bewegung**

Die Agrarindustrie gerät immer stärker unter Druck, muss sich mit Tierwohl befassen und Konzentrationsprozessen in Ostdeutschland. Die Öffentlichkeit fragt immer genauer nach – und fordert eine Abkehr von industrialisierter Haltung auf den **Seiten 16 und 18**

## Die Seite 3

TTIP stoppen! ..... 3

## Agrarpolitik

Zahlungsansprüche werden 2015 wohl neu verteilt. .... 4

Wirtschaftspolitik klassisch ..... 5

Baukastensystem europäische Agrarpolitik ..... 6

Glyphosat ein anerkanntes Gift ..... 17

Gute Früchte langer Arbeit in Brandenburg ..... 18

## Milch

Nicht nur beobachten ..... 7

## Bewegung

Bitte keine Einmischung ..... 8

Weiter geht's mit Leguminosen ..... 10

Falscher Aktionismus oder echtes Bemühen ..... 14

Meinungsbildung zu GV-Mais 1507 ..... 14

## Schwerpunkt

Wir haben es satt und wir haben Ideen ..... 11

## Nachbau

Asphaltcowboys und -girls für die Saatgutvielfalt ..... 15

Zurück auf Los ..... 15

## Tierschutz

Tierschutz nach Kassenlage ..... 16

## Landleben

Agrarpolitik wird in Europa gemacht ..... 19

Bäuerliche Vermarktung im Internet ..... 20

## Weitere Themen

Zu Besuch bei Dorothee Biermann und Anna Kenner und Sebastian Kußmann, Seite 9; Lesen Seite 21; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23

## Inhaltsverzeichnis

Samstag, 18. Januar, 8.30 Uhr: 70 Bäuerinnen und Bauern von nah und fern setzen sich mit ihren Treckern am Berliner Ostbahnhof in Bewegung. „Hammergeil, viele tolle Bauern mit Treckern“, so eine junge Berlinerin. Zu diesem Zeitpunkt ahnt niemand, dass sie drei Stunden später laut Berliner Polizei eine Demonstration mit 28.000 Menschen anführen werden. Menschen, die agrarindustrielle Entwicklung der Landwirtschaft satt und Appetit haben, wie ihre Forderungen zeigen: Bauernhöfe statt Agrarfabriken. Der Ringelschwanz bleibt dran. Bleibt uns mit Gentechnik vom Acker. Gesundes Essen für alle. Faire Preise. Fairer Handel statt Freihandel. Saatgutvielfalt. Klimaschutzende, ökologische Landwirtschaft. Land für kleine und mittlere Bauern und

## Kommentar

## Eine starke Bewegung

Neueinsteiger. Solidarität mit den Kleinbauern der Welt. Viele fröhliche Gesichter, eine tolle Mischung aus jungen und jung gebliebenen Menschen, dieses Mal noch mehr Bäuerinnen und Bauern. Ich denke dabei: Ihr seid es uns wert, dass wir so eine Demonstration machen. An kritischen Stimmen im Vorfeld hat es nicht gefehlt: Sagt die Demo ab, da kommt doch keiner mehr. Da wird nur gegen die Landwirtschaft gehetzt. Nach den Bundestagswahlen glaubt keiner an die Agrarwende. Bauernverbandspräsident

Rukwied bemüht gar das Bild, dass auf redliche Bauernfamilien Gülle ausgegossen und das der soziale Friede in Deutschland gefährdet werde. Das Organisationsteam von „Meine Landwirtschaft“ hat unter Hochdruck gestanden und gearbeitet.

Viele Rednerinnen und Redner betonen auf den Kundgebungen, wie wichtig ihnen die Bäuerinnen und Bauern und der Kampf gegen das Höfesterben sind. Die AbL-Vorsitzende, die Vertreter der Bündnispartner, der regionalen bis internationalen Netzwerke und des Bündnis für junge Landwirtschaft bekommen viel Beifall, und die Treckerfahrer werden umjubelt. Der neue Bundeslandwirtschaftsminister Friedrich begrüßt laut *dpa*, dass sich die Demonstranten an der politischen Debatte beteiligen und betont, dass die Argumente ihre Berechtigung haben. Seine Vorgängerin Aigner hatte noch den plumpen Versuch gemacht, die Hungernden der Welt gegen die „Wir haben es satt“-Bewegung auszuspielen - erfolglos.

Denn, ob bei der Schnippeldisco am Vorabend oder beim Aufwärmen nach der Demo am politischen Suppentopf – überall herrscht Aufbruchstimmung. Für selbstzufriedene Abgehobenheit aber gibt es keinen Anlass. Der Eiertanz der Bundesregierung um die geplante Zulassung vom Gentechnikmais 1507 oder um das umstrittene Freihandelsabkommen zeigen, dass wir den Druck weiter erhöhen müssen. Das große Medieninteresse offenbart, wir sind gefordert, wenn es um das Umdenken, Umsteuern und um konkrete Umbauprogramme geht. Wie auch die kritische Atomkraftbewegung brauchen wir Geduld und Respekt untereinander, um mit Höhen und Tiefen fertig zu werden und um das dicke Brett zu bohren.

Wer aber so viel Phantasie, Freude und Entschlossenheit seit vier Jahren im Januar auf die Straße bringt, hat eines schon bewiesen: Das ist keine Modeerscheinung, das ist eine starke politische Bewegung gegen die Unterwerfung von Bauern und Verbrauchern unter die Interessen der Industrie – für eine lebendige bäuerliche Landwirtschaft. Wir bleiben dran. Ich zähle auf Euch.

Georg Janßen

AbL-Bundesgeschäftsführer, Leitungsteam der Demo



Vorneweg, hinter den Bauern: Georg Janßen (Mitte) mit Jochen Fritz, (Meine Landwirtschaft) und dem Einsatzleiter der Polizei  
Foto: Schievelbein

## Impressum

**b** unabhängige  
bauernstimme

**Anschrift:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
**Herausgeber:** Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

**Redaktion:** Marcus Nürnberger: 02381-492220  
Claudia Schievelbein: 02381-492289  
Christine Weißenberg: 02381-492210  
Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;  
**Verlag/** ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung:  
**Aboverwaltung:** Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

**Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de**

**Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich)

**Abonnementpreis:** 39,60 € jährlich, verbilligt auf Antrag 28,40 € jährlich

**Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E



# TTIP stoppen!

Viele Europäer sind gegen ein heimlich ausgehandeltes Freihandelsabkommen mit den USA

Nach gut dann eben doch eine öffentliche Beteiligung. Die EU-Kommission reagiert auf den öffentlichen Druck und will eine Konsultation zu den im Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU (Transatlantic-Trade-and-Investment-Partnership-Abkommen; TTIP) geplanten Investitionsschutzabkommen durchführen. Diesem ersten Schritt einer öffentlichen Beteiligung gingen viele Monate der Geheimniskrämerei voraus. Weder gab es offizielle Texte noch eine offizielle Aufstellung der an den Gesprächen beteiligten Staats- und Unternehmensvertreter. Allein den inoffiziellen Quellen ist zu entnehmen, dass viele hundert Unternehmen, eine Teilnehmerliste ist unter [compact.de](http://compact.de) einzusehen, direkten Zugang zu den Verhandlungen haben. Vertreter der Zivilgesellschaft, Nichtregierungsorganisationen und damit die Gesellschaft, hat weder Zutritt noch wird sie über den Stand und die Inhalte der Verhandlung informiert. Auch gibt es nur inoffizielle Aussagen über die hohen Erwartungen, die sich vor allem Industrieunternehmen von dem Abkommen versprechen. Mit dem jetzt erfolgten Schritt versucht die EU-Kommission die Ablehnung in der Bevölkerung bezüglich der Inhalte und des Vorgehens der Verhandlungen wieder unter Kontrolle zu bekommen. Ganz direkt bezieht sich die EU-Kommission auf einen Aufruf der Organisation Campact, der vorgeworfen wird im Rahmen ihrer Kampagne „TTIP stoppen!“ nicht ausreichend über das Abkommen zu informieren. Eine Aufgabe, die eigentlich von der Kommission zu erwarten gewesen wäre.

## Um was geht es?

Bei einem klassischen Freihandelsabkommen sollen Zölle und Handelschranken abgebaut werden. Der Handel, der zwischen den USA und der EU besteht, ist aber soweit optimiert, dass derartige Hemmnisse allenfalls von untergeordneter Relevanz sind. Im Rahmen von TTIP geht es vielmehr um den Abbau von so genannten „nicht-tarifären Handelshemmnissen“. Solche Handelshemmnisse können beispielsweise den Verbraucherschutz, die Kennzeichnungspflicht, den Datenschutz oder die Arbeitnehmerrechte betreffen. Im konkreten bedeutet dies, dass daraufhin gearbeitet werden soll, dass die Standards der Vertragspartner, EU und USA, einander angeglichen werden sollen. Aus Sicht der Industrieunternehmen sind hohe Standards immer mit zusätzlichen Kosten verbunden. Es ist daher naheliegend anzunehmen, dass

die bei den Verhandlungen beteiligten Industrielobbyisten darauf drängen werden, dass immer der niedrigste Standard zugrunde gelegt wird. In Zukunft, so steht es im wenig konkreten Papier der EU-Kommission, sei es denkbar, „dass die Regulierungsstellen gemeinsam prüfen, wie die Regelungen praktisch umgesetzt werden können.“ Es bleibt aber offen unter welchen Gesichtspunkten eine solche Umsetzung erfolgen soll. Steht der Verbraucher oder gar der Umweltschutz an erster Stelle, gilt das europäische Vorsorgeprinzip als Grundlage zukünftiger Regelungen oder geht es in erster und vielleicht einziger Linie um vereinfachte Handelsbeziehungen und damit einer möglichst weit reichenden Harmonisierung der Standards auf niedrigem Niveau. Wird es in Zukunft ausreichen,

als starke Global Player behalten, die die Standards und die Regeln für das 21. Jahrhundert festlegen.“

## Investitionsschutzabkommen

Es gibt weltweit über 3.400 Investitionsschutzabkommen. Ihr Ziel ist es, Unternehmen Rechtssicherheit und Berechenbarkeit zu garantieren. Vor allem soll die Diskriminierung ausländischer Unternehmen bzw. Investoren unterbunden werden bzw. vor einer übergeordneten Stelle, einem internationalen Schiedsgericht, zur Anklage gebracht werden können. Eine Berechtigung haben Investitionsschutzabkommen überall dort, wo aufgrund unsicherer politischer Situationen oder Rechtssysteme davon auszugehen ist, dass eine Verhandlung vor nationalen Gerichten keinen fairen Prozess garantiert. Im Falle des TTIP, mit seinen bei-

industrialisierten und subventionierten Landwirtschaft konfrontiert. Zehn Jahre später konstatierte die US-Stiftung Carnegie Endowment for International Peace, dass Handel und Investitionen zwar rund eine halbe Million Industriebeschäftigte geschaffen hätten, demgegenüber aber der Verlust von 1,3 Millionen Jobs in der Landwirtschaft entgegen stehe. Die mexikanischen Kleinbauern hatten den hereinströmenden Importen der hoch subventionierten industriellen US-Farmen nichts entgegenzusetzen. Nun sind die Verhältnisse in Europa nicht mit denen im Mexiko der 90er Jahre zu vergleichen. Dennoch treffen auch hier zwei Systeme mit sehr unterschiedlichen Produktionsstrukturen aufeinander. Deutlich wird dies zum Beispiel bei der Durchschnittsgröße der Betriebe. Diese liegt in den USA bei 180 Hektar, während in der EU-28 im Durchschnitt jeder Betrieb 12 Hektar bewirtschaftet. Dass der Bewertungsrahmen für klein und groß ein ganz anderer ist, zeigt der Blick auf die 2,2 Millionen „small“ Farmen in den USA. Zur Kategorie „small“ zählen Betriebe mit einem Bruttoeinkommen von bis zu 250.000 Dollar (182.000 Euro). Dagegen liegt der durchschnittliche Jahresgewinn auf einem Hof in Deutschland bei 35.000 Euro und der Umsatz bei 137.386 Euro.

## Die Politik

Auch wenn die Kommission mit den anberaumten Konsultationen auf die Bevölkerung zugeht, sollte man sich nicht täuschen lassen und davon ausgehen, die Verhandlungen seien deshalb gestoppt. Zum einen geht es nur um den Bereich der Investitionsabkommen und zum anderen ist nicht klar, ob und wie die Ergebnisse der Befragung in den Verhandlungsprozess einfließen. Es hat den Anschein als wolle die Kommission die Kritiker auf diese Weise beschäftigen bzw. ihre Geschlossenheit stören, um in Ruhe am Gesamtpaket weiterarbeiten zu können. Eine ähnliche Schwächung erfährt die Bewegung, wenn von Interessensgruppen gefordert wird einzelne Themenbereiche wie z.B. den Agrarbereich einfach auszuklammern. Hält man sich die Worte Barrosos vor Augen, der „die Standards und die Regeln für das 21. Jahrhundert festlegen“ will, dann wird deutlich, um was es wirklich geht. Hier sollen die Grundlagen zukünftiger Wirtschaftspolitik weltweit gelegt werden. Dass darf nicht wenigen Politikern und Industrielobbyisten überlassen werden. Es muss ihnen entrissen werden! „TTIP stoppen“ ist darum der einzig richtige Weg. mn



Bittere Satire und ein wenig Zynismus. Campact spielt TTIP.

Foto: Nürnberger

wenn neue gentechnisch veränderte Sorten das vereinfachte, industrie-freundliche Zulassungsverfahren in den USA durchlaufen haben, damit sie auch in Europa zugelassen sind? Werden amerikanische Groß- und Schattenbanken bald nicht mehr der, nach der Finanzkrise eingeführten, strengeren Kontrollen unterworfen sein, weil nicht die strengen US-Vorschriften, sondern die in der EU geltende und maßgeblich von Großbritannien gebremste Finanzmarktregulation auch in Nordamerika umgesetzt wird? Die ganze Tragweite des Abkommens machte der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, zum Auftakt der Verhandlungen im Juli 2012 deutlich und verteidigte die Dringlichkeit der Verhandlungen: „Das derzeitige Wirtschaftsklima zwingt uns, unsere Kräfte zu bündeln und mit weniger Aufwand mehr zu erreichen. Und, was noch wichtiger ist, wir müssen unsere Rolle

den Verhandlungspartnern EU und USA, sollte man allerdings davon ausgehen können, dass auch nationale Gerichte die Interessen ausländischer Investoren auf Basis der Rechtstaatlichkeit verhandeln. Dass das Investitionsschutzabkommen trotzdem ein zentraler Teil des Abkommens ist dürfte vor allem die Industrieunternehmen freuen, die damit, wie im Beispiel Vattenfall, die Möglichkeit bekommen, einzelne Staaten auf Schadensersatz zu verklagen. Der schwedische Konzern Vattenfall hat in Deutschland zwei Kernkraftwerke und klagt derzeit wegen des Atomausstiegs gegen die Bundesrepublik. Deutschen Stromkonzernen ist dieser Weg verwehrt.

## Zwei ungleiche Partner

Als vor 20 Jahren das nordamerikanische Freihandelsabkommen zwischen Mexiko, den USA und Kanada in Kraft trat, sahen sich Millionen mexikanischer Kleinbauern über Nacht mit einer stark

# Zahlungsansprüche werden 2015 wohl neu verteilt

Fläche sichern! Maßgeblich ist die beihilfefähige Fläche des Betriebes im Jahr 2015

Ende 2014 wird es bei den Zahlungsansprüchen für die Direktzahlungen der EU einen Schnitt geben. In Deutschland haben Bund und Länder zwar noch nicht endgültig entschieden, welche von zwei möglichen Varianten in Deutschland umgesetzt werden soll, aber eines ist sicher: Im Jahr 2015 kann ein Bauer nur höchstens so viele Zahlungsansprüche bekommen oder behalten, wie er selbst über beihilfefähige Fläche zu dem Zeitpunkt der Antragstellung verfügt.

## Neue Zeit ab 2015

Zahlungsansprüche gibt es seit 2005, sie wurden mit der Umsetzung der EU-Agrarreform von 2003 eingeführt. Aber die heute noch vorhandenen Zahlungsansprüche verlieren im Grundsatz in allen EU-Mitgliedstaaten mit dem 31.12.2014 ihre Gültigkeit – sie werden endgültig eingezogen (Ausnahme siehe unten). Im Jahr 2015 werden dann ganz neue Zahlungsansprüche auf Antrag an die Landwirte (Bewirtschafter) ausgeteilt. So sieht es die neue Reform der EU-Agrarpolitik, die ab 2015 voll wirksam wird, vor.

Formal muss jeder Landwirt die Zuteilung von Zahlungsansprüchen beantragen, was wahrscheinlich mit dem Prämienantrag 2015 in einem Abwasch erfolgen kann. Antragsberechtigt ist jede/r, der oder die zum Zeitpunkt der Antragstellung „aktive Landwirtin“ oder „aktiver Landwirt“ ist, und der oder die gleichzeitig entweder:

- im vergangenen Jahr 2013 nach der bisherigen Direktzahlungs-Verordnung Direktzahlungen erhalten hat,
- oder zwar niemals über Zahlungsansprüche verfügt hat, aber im Jahr 2013 nachweislich qualifiziert Landwirtschaft betrieben hat,
- oder Jahr 2013 Obst-, Gemüse- oder Weinbau in einem Mindestumfang betrieben hat,

- oder 2014 Zahlungsansprüche aus der so genannten nationalen Reserve zugewiesen bekommen hat.

Die Anzahl der Zahlungsansprüche, die einem Landwirt 2015 zugewiesen wird, wird (maximal) der Zahl Hektarflächen entsprechen, die dem antragstellenden Landwirt als beihilfefähige Fläche zum Zeitpunkt der Antragstellung 2015 zur Verfügung steht und die von ihm im Antrag angemeldet wird. Außerdem können z.B. Junglandwirte und landwirtschaftliche Existenzgründer von den Mitgliedstaaten aus der so genannten nationalen Reserve

Neuzuteilung im Jahr 2015 können einige Mitgliedstaaten der EU verzichten, und zwar jene Länder, die wie Deutschland schon das System der regional oder national einheitlich hohen Zahlungen je Hektar eingeführt haben. Diese Länder haben die Möglichkeit, bis spätestens 1.8.2014 zu beschließen, grundsätzlich die alten, bestehenden Zahlungsansprüche beizubehalten. Wenn Deutschland so entscheiden würde, dann würden im Jahr 2015 allerdings alle überschüssigen bzw. nicht genutzten Zahlungsansprüche eingezogen, also alle, für die einem Betrieb

## Zahlungsanspruch

Ein Zahlungsanspruch ist ein staatlich ausgegebenes Recht, Direktzahlungen auf Antrag zu erhalten. Die Auszahlung erfolgt dabei allerdings nur, wenn der Zahlungsanspruch über den Nachweis einer entsprechend großen beihilfefähigen Fläche (ein Hektar je vollem Zahlungsanspruch) aktiviert wird. Dazu sind in Zukunft nur „aktive Landwirte“ berechtigt. Pro Zahlungsanspruch werden in Deutschland in den kommenden Jahren knapp 300 Euro Direktzahlungen ausgezahlt werden, wobei es je nach Bundesland, Betriebsgröße und Jahr weiterhin beachtliche Unterschiede geben wird. Zahlungsansprüche sind handelbare Rechte, d.h. sie können mit oder ohne Fläche verkauft oder mit Fläche verpachtet werden. Bisher wurden Zahlungsansprüche, die drei Jahre hintereinander nicht genutzt bzw. aktiviert wurden, eingezogen; diese Frist wird ab 2015 auf zwei Jahre verkürzt.

Zahlungsansprüche zugeteilt bekommen. Für Fälle höherer Gewalt oder außergewöhnliche Umstände gelten zudem Sonderregeln, die im Detail von der EU-Kommission noch in delegierten Rechtsakten festzulegen sind.

Die neu ausgegebenen Zahlungsansprüche gelten dann wiederum für mehrere Jahre, mindestens bis zum Ende der Förderperiode 2020. Sie können nach der ersten Aktivierung im Jahr 2015 wieder gehandelt werden.

## Ausnahme in D?

Auf den Einzug der heutigen Zahlungsansprüche zum Jahresende 2014 und der

zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht entsprechende beihilfefähige Fläche zur Verfügung steht. Die eingezogenen Zahlungsansprüche würden ihre Gültigkeit verlieren.

Ob Deutschland von dieser Ausnahmemöglichkeit Gebrauch macht, haben Bund und Länder noch nicht entschieden. Es gibt aber die deutliche Tendenz, diese Ausnahme nicht anzuwenden, sondern die Zahlungsansprüche in 2015 ganz neu zu verteilen.

## Fläche sichern

So oder so gilt: Die Betriebs- bzw. Flächengröße zum Antragszeitpunkt 2015 bestimmt darüber, wie viele Zahlungsansprüche ein Betrieb dann erhalten oder behalten kann. Für die Bewirtschafter heißt das: Bis zum kommenden Jahr 2015 möglichst keine Fläche verlieren! Ein Sonderkündigungsrecht von Verpächtern ist aus der Neuzuteilung nicht abzuleiten. Deshalb wird es vor allem darum gehen, beim Auslaufen befristeter Pachtverträge aufzupassen. Bei möglichen Verhandlungen sollte nicht unerwähnt bleiben, dass die Durchschnittshöhe der Direktzahlungen in Deutschland in den Jahren 2014 bis 2020 stetig sinken wird und wirksame Greening-Anforderungen den kurzfristigen Deckungsbeitrag mindern können.

Ulrich Jasper

## Alpenkoalition

Österreichs neuer Agrarminister Andrä Rupprechter sorgt gerade für Aufmerksamkeit. Er wolle sich gezielt gegen Monokulturen einsetzen und erteile der Gentechnik erneut eine Absage. Gemeinsam mit Bayerns Landwirtschaftsminister Helmut Brunner wolle er gemeinsame Impulse für eine zukunftsfähige Weiterentwicklung der ländlichen Räume. Die beiden Länder hätten ähnliche strukturelle Voraussetzungen und Interessen, umso wichtiger und erfolgversprechender sei es, in grundsätzlichen agrarpolitischen Fragen und bei der Entwicklung der ländlichen Räume eng zusammenzuarbeiten. Von Brüssel fordern Bayern und Österreich eine wirksame Unterstützung durch effiziente, aufeinander abgestimmte Förderprogramme mit Schwerpunkten wie unter anderem dem Erhalt einer flächendeckenden Landwirtschaft, die Schaffung wohnortnaher Arbeitsplätze und eine dezentrale Energieversorgung. pm



Wofür es Geld geben müsste

Foto: Wir haben es satt



## Wirtschaftspolitik klassisch

Minister und Präsident verkünden auf der Grünen Woche ihre Ansichten

Alles eine Frage des Blickwinkels: Bernd Voß, Bundesvorsitzender der AbL, kritisierte auf der Pressekonferenz zur Vorstellung des kritischen Agrarberichts durch das Agrarbündnis, den Verlust von hochwertigen Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft als nicht weiter hinnehmbar, und forderte die Politik auf, durch eine entsprechende Nachsteuerung bei der nationalen Ausgestaltung der EU-Agrarreform dem entgegen zu wirken. Bauernverbandspräsident Joachim Rukwied hingegen bezeichnete in der Fragestunde des Fachverbandes deutscher Agrarjournalisten, den Strukturwandel als sozialverträglich. Auch die Veröffentlichungen des Umweltbundesamtes kurz vor der Grünen Woche hinsichtlich der problematischen Auswirkungen des immensen Fleischkonsums westlicher Industriestaaten, tat Rukwied lapidar mit den Worten ab: „Die Realität ist eine andere, als das was das Umweltbundesamt dargestellt hat.“ Auch Massentierhaltung gebe es in Deutschland nicht, so Rukwied. Alles schön also, deshalb ist der Bauernverbandspräsident zukünftig auch nicht mehr bereit „über Kampfthemen zu reden mit denen, die eine andere Landwirtschaft wollen.“ Aber die Kommunikation mit der Gesellschaft wolle man intensivieren, allerdings bezieht sich das nicht auf die Produkte der Initiative Tierwohl, die nicht beworben werden sollen, da die Erfahrungen zeigten, dass der Verbraucher auf so etwas nicht unbedingt reagiere.

### Mündiger Verbraucher

Landwirtschaftsminister Hans Peter Friedrich hingegen wollte während seiner Fragestunde mit den Agrarjournalisten den „mündigen Verbraucher.“ Der müsse auch noch mehr Ökoprodukte nachfragen, damit der sich am Markt finanzieren könne (von politischen Zielgrößen, wie es seine Vorgänger durchaus propagierten, hält er da nichts). Außerdem müsse der Ökolandbau „über Effizienzsteigerungen und Kostensenkungen zu Preisen kommen, die noch breitere Verbraucherkreise partizipieren lassen können.“ Er sei leidenschaftlicher Wirtschaftspolitiker und Landwirtschaft sei nun mal Wirtschaftspolitik im klassischen Sinne, erklärte Friedrich. Sein wichtigstes Projekt sei die Sicherstellung der unterneh-

merischen Freiheit, dazu gehört im Hinblick auf das transatlantische Freihandelsabkommen für Friedrich auch, dass es immer gut ist, wenn Grenzen fallen, dann verbreite sich Wohlstand. „Made in Germany ist als Exportschlager gut und richtig.“ Nur müsse man aufpassen, dass unsere Standards und eine gewisse Vielfalt nicht unter die Räder komme. Bei der Gentechnik etwa sei die Meinungsbildung noch voll im Gang und wenn man feststelle, dass Verbraucher und Bauern sie nicht wollen, so wäre das für die Politik ein wichtiges Kriterium bei der Meinungsbildung, so der Bundeslandwirtschaftsminister.

### Gesund machen

Auch zur EU-Agrarreform wurde Friedrich natürlich befragt, viel Stoff für eine kurze Einarbeitungszeit. Beim Greening wurde er aber energisch: „Es kann nicht falsch sein, kranken Pflanzen zu helfen gesund zu werden“ begründete er sein klares Votum für den Einsatz von Düngern und Pestiziden auf Greeningflächen. Bauernverbandspräsident Joachim Rukwied, applaudierte prompt: Er freue sich zu hören, dass eine produktive Nutzung möglich sein soll. Eitel Sonnenschein also, so wie am 18. Januar, als 30.000 Menschen für eine andere Agrarpolitik demonstrierten. „Hans-Peter, verschieb es nicht auf später“ wurde da skandiert, Hans-Peter antwortete, immerhin, er sei gesprächsbereit. *cs*



Hans-Peter Friedrich nimmt Platz, bezieht aber nicht immer Stellung  
Foto: Schievelbein

Kurzes am Rande

### Energiewende weg vom Land

Auf vielfältigste Reaktionen, vor allem aber Kritik, stießen die Pläne von Bundeswirtschafts- und Energieminister Sigmar Gabriel (SPD) zur Überarbeitung des Erneuerbare Energien Gesetz (EEG). „Wenn die Vorschläge aus dem Haus von Minister Gabriel eine ernsthafte Diskussionsgrundlage für die Ressortabstimmung sein sollen, ist das ein klares Zeichen gegen die Energiewende“, bewertet der Präsident des Fachverbandes Biogas, Horst Seide, das Papier. Unter dem Deckmantel Kosten zu senken, würden Kapazitätsmechanismen für konventionelle Kraftwerke und hohe Vergütungen für Offshore Wind vorgeschlagen. Biogas, das schon heute gesicherte Kapazitäten bereitstellen könne, zur regionalen Wertschöpfung beitrage und die Netze entlaste, solle hingegen abgeschaltet werden. Auch der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) äußerte die Befürchtung, dass durch die verpflichtende Direktvermarktung und Aus-schreibungen die Energiewende zu einer „Veranstaltung der Großunternehmen“ werde. Bei der Photovoltaik und der Windkraft an Land soll der jährliche Kapazitätzuwachs gedeckelt werden. Außerdem soll die im EEG festgelegte Einspeisevergütung von durchschnittlich 17 Cent/kWh bis 2015 auf 12 Cent/kWh sinken. Für Strom aus Windkraftanlagen an Land sollen nur mehr 9 Cent/kWh gezahlt werden. Damit würden viele Bürgerwindparke im ländlichen Raum unrentabel, führte auch Gabriels Parteikollege, der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Thorsten Albig ins Feld. *cs*

### Beim Greening Nutzung und Schutz vereinen

„Die Art und Weise der Nutzung ökologischer Vorrangflächen muss für Umwelt, Klima und biologische Vielfalt besondere positive Wirkungen haben, damit klar wird, dass Landwirtschaft und Umweltschutz sich gegenseitig befruchten können“, sagt AbL-Bundesvorsitzender Bernd Voß im Hinblick auf die Umsetzung des Greening der EU-Direktzahlungen. Als ein positives Beispiel einer zukunftsweisenden Nutzung nennt die AbL in einer Presseerklärung den umweltverträglichen Anbau von Leguminosen wie Klee, Luzerne oder Ackerbohne. Ihr Anbau biete die Chance, landwirtschaftliche Erzeugung und Klima-, Boden- und Naturschutz zu vereinen. Ein umweltverträglicher Leguminosen-Anbau sollte daher aus Sicht der AbL als ökologische Vorrangfläche anerkannt werden, jedoch mit einem Gewichtungsfaktor von z.B. 0,5, so dass zwei Hektar Leguminosen einem Hektar ökologische Vorrangfläche entsprechen und somit höhere Flächenanteile von Leguminosen erreicht werden. Zudem fordert die AbL, dass Bund und Länder auf Pufferstreifen und auf Flächen an Waldrändern die Nutzung für Beweidung und Mahd zulassen, wie es die EU ermögliche. Generell sollten auf ökologischen Vorrangflächen Mineraldünger und Pflanzenschutzmittel nicht eingesetzt werden, damit eine möglichst große positive Wirkung auf die Artenvielfalt erreicht wird. Gegebenenfalls sei eine mechanische Unkrautregulierung anzustreben. *pm*

### Förderpreis Ökolandbau soll Zeichen setzen

In der Biobranche herrsche ein besonderer Innovationsgeist, der immer wieder Konzepte und Ideen hervorbringe, die von zahlreichen Betrieben übernommen würden – und zwar nicht nur im Ökosektor, so das Bundeslandwirtschaftsministerium in seiner Presseerklärung zur Verleihung des Förderpreis Ökologischer Landbau, den Staatssekretär Robert Kloos im Rahmen der Grünen Woche übergab. Ein erster Platz ging an die Dörscher & Carstens Bio GbR aus Schleswig-Holstein. Der Betrieb hat gemeinsam mit 20 weiteren Biobetrieben der näheren Umgebung eine eigene Verarbeitung und Vermarktung für Biogemüse aufgebaut. Einen weiteren ersten Platz vergab die Jury an den Stautenhof von Beate und Christoph Leiders in Nordrhein-Westfalen. Mit 45 Hektar Fläche gelinge es dem Betriebsleiterpaar, mit einem durchdachten Konzept die Direktvermarktung optimal zu nutzen. Einen zweiten Preis erhielt die Getreidezüchtungsforschung Darzau in Niedersachsen. Leiter Karl-Josef Müller engagiert sich seit Jahrzehnten für die ökologische Pflanzenzüchtung. Dies ist nach Meinung der Jury besonders wertvoll, da viele Züchter meist nur wenig in die Züchtung spezieller Ökosorten investieren. Der Förderpreis zeige, so die grünen Bundestagsabgeordneten Ostendorff und Ebner, welche Entwicklungen im Ökolandbau möglich wären, wenn es dafür endlich politische Unterstützung auf Bundesebene gäbe. Sie erwarteten von der neuen Bundesregierung, dass sie die Potenziale des Ökolandbaus nicht nur erkenne, sondern sich aktiv für deren Umsetzung einsetze. *pm*

# Baukastensystem europäische Agrarpolitik

Die EU-Staaten gehen mit Hilfe eines flexiblen Reformpakets jeweils eigene Wege

## Friedrich bei NEULAND

„Die NEULAND-Kennzeichnung steht für ein herausragendes Tierschutzniveau“, sagte der frisch gekürte Bundeslandwirtschaftsminister Hans-Peter Friedrich auf dem wieder von viel Prominenz und Praktikern besuchten NEULAND-Empfang auf der Grünen Woche. „Nur wenn wir den Bedürfnissen der Kunden nach Transparenz und Qualität auch gerecht werden, können wir langfristig wirtschaftlichen Erfolg sichern“, so Friedrich weiter. Diese Erkenntnis habe NEULAND schon früh konsequent umgesetzt. Der Minister sagte, dass die Verbraucher auf den Verpackungen über Tierschutz informiert werden wollten. Der AbL-Vorsitzende Bernd Voß erinnerte in seinem Grußwort daran, dass die „Initiative Tierwohl“ des Deutschen Bauernverbandes den Verbrauchern genau diese Information vorenthalten wolle. Wie auch die Vorsitzenden der anderen NEULAND-Trägerverbände BUND und Tierschutzbund bot Voß dem Minister einen offenen Dialog an. „In unserem Fleischprogramm praktizieren wir gesellschaftlichen Dialog seit 26 Jahren sehr erfolgreich“, so

Voß. *uj*

Bei allen gemeinsamen Plänen legen die BEU-Länder in ihrer Agrarpolitik doch vor allem Wert auf ihre eigenständigen Entscheidungen: lange wurde um einen gemeinsamen Rahmen gerungen, der ausreichend flexibel ist, damit alle umsetzen können, was daheim am besten passt und möglichst wenig verändert. Anschaulich lassen sich das Reformpaket der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und seine Finanztöpfe als Baukastensystem darstellen. Es gibt viele Möglichkeiten zur Verteilung und Umschichtung der finanziellen Mittel; die Auswahl und Zusammensetzung erfüllt ganz unterschiedliche Zwecke – so wie auch die Ausgangslage in den Mitgliedsstaaten verschieden ist. Eine wichtige Rolle spielt dabei, ob die Länder innerhalb der 1. Säule noch an Produktion gekoppelte Zahlungen nutzen und wie weit sie ansonsten damit fortgeschritten sind, die Höhe der als entkoppelt bezeichneten Direktzahlungen intern anzugleichen. EU-Ziel ist es, gekoppelte Zahlungen auf Dauer abzubauen und von historischen Berechnungsgrundlagen, je nach Produktionsweise des Betriebs, auf einheitliche Flächenprämien umzustellen. Doch Staaten, die alte Zahlungsmodelle nach wie vor nutzen, allen voran Irland, verteidigen diese und dehnen Umstellungsprozesse aus. Des Weiteren unterscheiden sich die Ansichten zu Schwerpunkten und zum Mitspracherecht von Nichtregierungsorganisationen bei der aktuell laufenden Ausgestaltung der Pro-

gramme zur ländlichen Entwicklung innerhalb der 2. Säule.

## Franzosen fördern Tierhaltung

Aus Frankreich berichtet Samuel Féret, Koordinator des europäischen, zivilgesellschaftlichen Netzwerks ARC, dass die Regierung die maximale Höhe gekoppelter Zahlungen von 13 % der Mittel aus der 1. Säule, plus 2 % extra für Einweißpflanzenanbau, ausschöpfen und damit die bisherige Politik zur Unterstützung der nicht so flächenstarken Tierhaltungsbetriebe fortsetzen will. Weiterer Fokus der Regierung sind die benachteiligten Regionen, die erste Priorität bei den Ausgaben der 2.

Säule genießen. Eine Umschichtung von etwa 3,3 % der Mittel von der 1. in die 2. Säule ist für Stallbauförderung und Risikomanagement vorgesehen. Die Umstellung auf einheitliche Flächenprämien soll angegangen, aber auf 70 % begrenzt werden. Als eine Art umgekehrte Modulation hat Frankreich in den Reformverhandlungen die Möglichkeit eines Aufschlags für die ersten Hektare durchgesetzt. Auf diese Weise reduzieren sich die Zahlungen bei Betrieben mit mehr als 100 Hektar Fläche gegenüber einer rein linearen Flächenprämie. Allerdings wird die Maßnahme nicht gänzlich ausgeschöpft und somit ihr Umverteilungseffekt begrenzt, denn nur 20 % der Mittel sollen jeweils die Prämien für die ersten 52 Hektar, ent-

sprechend der durchschnittlichen nationalen Flächenausstattung, aufstocken.

## Zaudern in Österreich

Auch Österreich, aufgrund der nationalen Strukturen oft selbsternannter Verfechter kleinstrukturierter und ökologischer Landwirtschaft, ist noch damit beschäftigt, die entkoppelten Direktzahlungen anzugleichen, und hat sich dafür Schritte von 10 % pro Jahr vorgenommen. Der österreichischen Kleinbauernorganisation ÖBV dauert das zu lange, wie Bäuerin Irmi Salzer betont: „Wir haben hier zwischen Ackerbau- und Grünlandbetrieben Differenzen von 700 zu 30 Euro pro Hektar und es ist schon seit 2008 klar, dass umgestellt werden soll. Nun wird eine gerechtere Aufteilung weiter hinausgeschoben.“ Besonders verärgert sind die Mitglieder der ÖBV zudem, dass die Prämien für extensives Grünland auf 25 % der möglichen Zahlungen begrenzt werden sollen, weil von einer wenig aufwendigen Bewirtschaftung und geringer Produktionsleistung ausgegangen wird. Die Möglichkeit eines Aufschlags für die ersten Hektare wird zumindest diskutiert, weil der sozialdemokratische Teil der Regierung sich dafür einsetzt. Allerdings ist mit Blick auf die Pläne der deutschen Nachbarn eine Umsetzung mit nur 5 bis 7 % der Mittel aus der 1. Säule im Gespräch. Auf diese Weise beschränkt sich der Effekt hauptsächlich darauf, Auswirkungen anderer Maßnahmen abzupuffern, anstatt wirksam umzuverteilen.

## Polen erhöht Direktzahlungen

Im östlichen Nachbarland Deutschlands dringen wenig Informationen zu kritischen Beobachtern wie Marek Kryda, Berichterstatter für ARC, durch. Aber schon vor der europäischen Einigung hat Polens Regierung klar gemacht, dass sie umfassend die Möglichkeit nutzen will, Mittel aus der 2. in die 1. Säule umzuschichten. D.h. durch 25 % der eigentlich für ländliche Entwicklung geplanten Mittel werden die Direktzahlungen auf einen Schlag über durchschnittliche Beträge der westlichen EU-Ländern hinaus aufgestockt. Konsequenzen sind erhebliche Kürzungen für Programme der ländlichen Entwicklung, was sowohl vom Landwirtschaftsministerium und Bauernverbänden als auch von Naturschutzorganisationen bemängelt wird. Am stärksten ist das Budget für Agrarumweltmaßnahmen betroffen, das um die Hälfte gekürzt wird. Die Förderung verschiedener agrar-ökologischer Produktionsweisen wird jeweils nur noch für begrenzte Flächen pro Betrieb gewährt, sodass sie zwar kleinen Betrieben zugutekommt, aber keine Anreize für großflächige Anwendung schaffen. *cw*



Europäische Vielfalt in der GAP und auf der Demo in Berlin

Foto: Nürnberger



## Nicht nur beobachten

Milchbauern hoffen auf eine europäische Mengenanpassung

Der globale Milchmarkt bietet nur wenige Chancen, aber viele Risiken“, resümierte Romuald Schaber, Präsident des European Milk Board (EMB), auch im Hinblick auf die von Politik und Bauernverband immer wieder gepriesenen Exportchancen. Man befürworte den Export hochwertiger Milchprodukte, der mit

die Kosten höher lägen. „Die Bauern brauchen einen fairen Preis“, so van Keimpema, „das hat erst mal nichts mit gestiegenen Auszahlungspreisen zu tun.“ Schließlich seien die Futterkosten entsprechend hoch. Bis heute hätten viele Betriebe noch nicht das Preistief von 2012 überwunden, das Industrie und Bauernverband

beschönigend nur als „leichte Delle“ bezeichnet hatten. Die Milchbauern und -bäuerinnen hoffen auf die von der EU-Kommission zugesagte Marktbeobachtungsstelle, die in diesem Jahr eingesetzt werden soll. „Die Beobachtungsstelle ist der erste Schritt, sie muss dann so weiterentwickelt werden, dass sie durch Mengenanpassungen auf das jeweilige Marktgeschehen reagieren kann“, führte Schaber die Gedanken aus, die das EMB mit dem Instrument verbindet. „Nur mit einer nach-

frageorientierten Produktion kann der Milchmarkt nachhaltig stabilisiert werden“, so Schaber. Berufskollegen aus Frankreich und Belgien geht es nicht anders, auch sie produzieren derzeit nach wie vor nicht kostendeckend Milch, in Ländern wie Portugal führt das inzwischen zu einem vermehrten Einstieg von Fremdstoren in den Milchsektor, damit verschwinden dann die Milchviehbetriebe. AbL-Milchbauer Ottmar Ilchmann wies in einer Presseerklärung erneut auf die Möglichkeit der Interessen- und Mengenbündelung als Gegenpol zu den inzwischen oftmals globalen Playern der Milchindustrie hin. *cs*



Europäisch fair verteilen

Foto: Redaktion

einer verantwortungsvollen Preisgestaltung Dumping in den Importländern vermeide und bei den Milchviehhaltern hierzulande die Abdeckung sämtlicher Kosten und eine Gewinnerzielung zulasse. Meist gehe es aber um Standardprodukte, die exportiert würden und die zerstörten häufig nationale Märkte, während zusätzlich die europäischen Bauern und Bäuerinnen damit nach wie vor keine deckenden Erzeugerpreise erzielen. Auch Sieta van Keimpema vom EMB-Vorstand unterstrich einmal mehr auf der Pressekonferenz des EMB, anlässlich der Grünen Woche in Berlin, dass trotz der in der jüngsten Vergangenheit hohen Auszahlungspreise



Upländer Bauernmolkerei in Berlin mit dabei

Foto: Nürnberger

Kurzes am Rande

### BDM für stabile Märkte

Für viele Milchbauern war es die zweite Großveranstaltung des Tages, als sie sich nach dem Demoauftritt von „Wir haben es satt“ aufmachten zum jährlichen Symposium des Bundesverbandes Deutscher Milchviehhalter auf dem Gelände der Grünen Woche in Berlin. Die geladenen ReferentInnen boten unterschiedliche Blickwinkel auf die Mechanismen der Weltmärkte und lieferten Nachdenkliches zu Preisentwicklung und -absicherung, aber auch zum Wert von Fairness, Verlässlichkeit und Schutz kollektiver Güter. Dabei ging es in den Diskussionen dieses Jahr deutlich weniger heftig zu als gewohnt - vielleicht auch weil diesmal kein Politiker auf dem Abschlusspodium herausgefordert werden konnte. In zwei Positionspapieren verabschiedeten die rund 1.000 TeilnehmerInnen zum Abschluss ihre Ablehnung zu den Freihandelsverhandlungen der EU mit den USA und sprachen sich für stabile Märkte aus. Ein wichtiger Bestandteil der gut besuchten Veranstaltung ist immer auch die Begegnung und der rege Austausch in den Pausen und beim abendlichen Ausklang. *cw*

### Tierärzte mit ethischen Bedenken

Auf dem Tierärztekongress in Leipzig diskutierten Berufsvertreter ihre Rolle im Spannungsfeld der Nutztierhaltung zwischen landwirtschaftlichen Entwicklungen und öffentlicher Kritik zu Missständen. Laut *Frankfurter Allgemeine Zeitung* fordern immer mehr Tierärzte, sich öffentlich von der agrarindustriellen Landwirtschaft zu distanzieren und sich stärker vom „Bruderberufsstand“ Landwirtschaft abzugrenzen. Unterstützt wurde dadurch auch die Position des schon 2012 gegründeten „Tierärztlichen Forums für verantwortbare Landwirtschaft“. Die Bundestierärztekammer setzt statt auf öffentliche Kommunikation auf die Formulierung eines Ethik-Kodex, auf den sich die Veterinärmediziner im Falle schwieriger Entscheidungen berufen können sollen. *cw*

### Rückbau eines 1.000er Kuhstalls in Frankreich

Laut Mitteilung der Bauernorganisation *Confédération Paysanne*, französisches *Via Campesina* Mitglied, habe die regionale Ministerin für Raumordnung Ende Januar einen Baustopp der heftig umstrittenen und teilweise illegal erweiterten Anlage verfügt. Genehmigt sind nur 500 Kuhplätze, auf die nun rückgebaut werden muss. Seit Monaten kämpften die Bauern und örtliche Bürgerinitiativen mit Demonstrationen, Petitionen und Bauplatzbesetzungen gegen das Projekt im Département Somme im Norden des Landes. Die *Confédération Paysanne* bewertete diesen Erfolg als Symbol für einen erfolgreichen gesellschaftlichen Widerstand gegen die Agrar-Industrialisierung – es gelte jetzt, weitere ähnliche Agrarfabriken zu verhindern und die Zukunft der Bauernhöfe zu sichern. *en/cw*

### DBV Imagekampagne für Fleischproduktion

Der Deutsche Bauernverband feilt an seiner Kommunikationsstrategie. Zu Beginn der Grünen Woche in Berlin erschien das Magazin „Meat“, das in Zügen der Deutschen Bahn aushängt. Der Zentralverband der Deutschen Schweineproduktion bezeichnet es als Informationsquelle für die ausgewogene Ernährung, in der mit Mythen aufgeräumt werde. Um das Thema Tierhaltung und Fleischgenuss zu stärken, sind Berichte über auf Effizienz und Wachstum setzende Landwirte ebenso enthalten wie Tipps zur Zubereitung und Verarbeitung von Fleisch. Zitat von Seite 39: „Größere Betriebe seien schlicht wirtschaftlicher.“ Außerdem, fügt der interviewte Milchbauer hinzu, gebe es auf einem Hof wie dem seinen geregelte Arbeitszeiten und Jobs für Spezialisten - vom Buchhalter übers Stallpersonal bis zum Treckerfahrer. In kleinen Betrieben dagegen mache die Familie alles alleine, 365 Tage im Jahr. Dass solche Bauern übers Fernsehen eine Frau suchen müssen, wundere kein bisschen. Zitat von Seite 30: „Würden die Bio-Kunden auf Fleisch, Milch und Eier verzichten, wäre dies das Ende der ökologischen Landwirtschaft.“ Schon im vergangenen Jahr hatte der DBV begonnen im Internet Dialogplattformen wie *meine-bauernfamilie.de* zu schaffen. Denn beratende Kommunikationsexperten empfehlen eine offensive Öffentlichkeitsarbeit zur Information der fachfremden Gesellschaft. Außerdem sollten von Kritikern geprägte Begriffe einfach positiv umgenutzt werden. Dieser Rat ist DBV-Präsident Joachim Rukwied anscheinend entfallen, als er im Rahmen der Grünen Woche sagte, Massentierhaltung gebe es in Deutschland nicht. *cw*

## Biodachverband in NRW gegründet

Die Landesvereinigung Ökologischer Landbau soll in Zukunft die Interessen der BiolandwirtInnen in Nordrhein-Westfalen vertreten und für stärkeren politischen Einfluss sorgen. Zusammengetan haben sich die vier in NRW ansässigen Verbände Bioland, Biokreis, Naturland und Demeter, die 1.000 von insgesamt 1.800 Biobetrieben des Bundeslandes bündeln. Sie kritisieren, dass der Bio-Boom im Handel an den Höfen vorbeigehe. Es gebe kaum neue Umsteller, Auflagen und Kosten stiegen und die Betriebe könnten bei steigenden Pachtpreisen gegenüber Bioenergieerzeugern und Veredelungsbetrieben nicht mehr mithalten. Die Gründung findet zudem in einer Zeit statt, in der die Bundesländer als Teil der nationalen Umsetzung der EU-Agrarreform die neuen Programme zur ländlichen Entwicklung ausarbeiten. Unter die Maßnahmen, auf die sich die knappen Finanzmittel verteilen, fällt auch die für Biobetriebe wichtige Ökolandbauförderung. cw

## Pflanzenschützer gegen Gammelöko

Mit vergammeltem Obst und Gemüse in einem nachgestellten Bio- Marktstand auf der Grünen Woche diskreditiert der Industrieverband Agrar (IVA) den Ökolandbau, aber eigentlich viel mehr sich selbst. Mehlwürmer müssen als Showschädlinge über den welken Kohl kriechen, damit der gemeine Verbraucher einen wirklich bleibenden Eindruck von der Ekeligkeit der Bioprodukte mit nach Hause nimmt. Es ist die Einladung des IVA „zu einem kritischen Dialog über die Zukunft der modernen Pflanzenproduktion in Deutschland und Europa.“ Es gehe um die von der EU geplanten verschärften Regeln für die Zulassung von Pestiziden, die dazu führten, dass der Landwirtschaft zukünftig kaum noch wirksame Lösungen im Pflanzenschutz zur Verfügung stünden, so eine Presseerklärung der IVA. Die geringere Produktivität ähnlich der des Ökolandbaus wäre dann die Folge – unakzeptabel für „die Pflanzenschützer.“ Unter diesem Titel tritt die IVA derzeit im Internet auf. cs

## Dioxin-Prozesse stocken

Wegen Befangenheit muss die Vorsitzende Richterin im ersten Prozess nach dem Skandal um dioxinbelastete Futtermittel ausgewechselt werden. Sie hatte in Richtung Verteidigung gesagt: „Sie gehen doch sowieso in Berufung“, und damit vermuten lassen, ihr Schuldurteil stehe schon fest. Vor dem Amtsgericht in Vechta sind zwei ehemalige Geschäftsführer der Landwirtschaftlichen Bezugsgenossenschaft Damme angeklagt, Unbedenklichkeitsbescheinigungen für Futtermittel ausgestellt zu haben, obwohl sie schon von Verunreinigungen mit Dioxin gewusst haben sollen. Für die Belastung verantwortlich waren Futterfette der Firma Harles und Jentsch aus Schleswig-Holstein, die sich 2010 selbst anzeigte und denen kein Vorsatz nachgewiesen werden konnte. Wegen als Pflanzenfett deklarierter Altspisefette wurden deren damalige Manager jedoch wegen Betruges vor dem Landgericht Itzehoe angeklagt. Dieses lehnte Ende Januar eine Verhandlung ab, weil nicht von tierischen Bestandteilen ausgegangen werden könne. Die Staatsanwaltschaft legte dagegen Beschwerde ein. In Vechta muss der Prozess nun ganz neu aufgerollt werden, wenn sich eine andere Richterin eingearbeitet hat. Von einem juristischen Schuldurteil hängt es ab, ob geschädigte Landwirte jemals eine Entschädigung bekommen. cw



Podium bei der Junglandwirtetagung v.l.: Zelder (BDL), Maaß (jAbL), Mortler (CSU), Folgart (DBV) Foto: Weißenberg

Kurzes am Rande

# Bitte keine Einmischung

DBV-Landjugend befürchtet Bevormundung durch Politik und Gesellschaft

Man könnte meinen, es sei durchweg harmonisch verlaufen auf dem Kongress des Bundes der Deutschen Landjugend (BDL) zu Beginn der Grünen Woche. Denn immer wieder fielen Varianten des Satzes: „Jeder entscheidet selbst, was zu ihm passt und wie sich der Betrieb entwickelt.“ Also alle Wege offen für die Zukunft, die Landwirtschaft in Deutschland vielfältig. Der Nachmittag des 18.1. stand unter dem Titel „Wachsen, weichen oder... Der Strukturwandel und seine Chancen“. Den Einstieg bildeten zwei Betriebsvorstellungen, die unterschiedlicher kaum sein konnten und als Grundlage dienten für das Lob der Vielfalt: Stefan Teepker (33) aus dem Emsland setzt auf Effizienz und ständige Erweiterung der Kapazitäten durch Betriebskooperationen und -übernahmen. Sein landwirtschaftliches Unternehmen basiert mittlerweile auf 1.000 Sauen, 3.500 Mastschweinen, 12 Hähnchenmastställen, zwei Biogasanlagen und 240 ha Ackerland. Hochgerechnet steht bei ihm alle fünf Jahre ein Wachstumsschritt an. „Wachstum beginnt im Kopf“, meint Teepker dazu und ordnet diese Haltung gleichzeitig als gefährlich ein, „denn dann ist das auch erreichbar.“ Der Bremer Harje Kaemena (33) setzte auf den günstigen Standort des Familienbetriebs im grünlandgeprägten Naherholungsgebiet. Er beließ die Herdengröße seiner Milchkühe bei 65, stellte auf ökologische Bewirtschaftung um, baute Ferienwohnungen und verkauft selbst gemachtes Speiseeis, für das im Sommer die Tagesausflügler Schlange stehen. Kaemena sprach sich vehement für eine unabhängige und einzelbetriebliche Entwicklung der Höfe aus, kritisierte dabei aber, dass von Beratern und Ämtern eben doch unterschwelliger Druck in Richtung Wachstum ausgeübt werde: Zurzeit baut der Junglandwirt einen neuen Milchviehstall mit 75 Kuhplätzen – keine Erweiterung sondern „nur“ Erneuerung. Als er den Bauantrag dafür abgab, erntete er Unverständnis und zweifelnde Kommentare. „Mein Ziel ist aber nicht, mehr Milch auf den Markt zu werfen, sondern sie für ein Euro pro Liter zu vermarkten“, stellte Kaemena klar und wünscht sich, dass es wirkliche Unterstützung und Anerkennung gibt für angepasste, individuelle Hofkonzepte.

### Platz für alle

Während des folgenden Podiumsgesprächs wurde die lenkende Wirkung von Beratung und gängigen Erfolgsmaßstäben nicht mehr thematisiert. Vielmehr wurden die Betriebsmodelle und Vorstellungen zur Entwicklung der Landwirtschaft von Henrik Maaß, Bundesvorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirt-

schaft (AbL), und Udo Folgart, Vizepräsident des Deutschen Bauernverbands (DBV), als parallel nebeneinander stehend dargestellt. Der eine setzt eben auf regionale Kreisläufe und direkten Kontakt zu den Verbrauchern durch Direktvermarktung; der andere richtet sich mit seinem LPG Nachfolgebetrieb auf Produktivität und Effizienz für die Weltmärkte aus. Innerhalb dieser Spannweite haben auch Neueinsteiger eine Chance, wie die BDL-Vorsitzende Magdalena Zelder am eigenen Beispiel ausführte. Sie und ihr Mann haben in Rheinland-Pfalz einen Hof gekauft und sich schrittweise Entwicklungsziele in Richtung eines 200er-Kuhbetriebs gesteckt. Allerdings stimmte Zelder mit Maaß und Äußerungen aus dem Publikum überein, dass eine mittlerweile häufiger gewünschte außerfamiliäre Hofübernahme ganz eigene Herausforderungen, aber wenig Unterstützung mit sich bringe. Bisher ist keine finanzielle Förderung vorgesehen und ein qualifiziertes Beratungsangebot bietet zurzeit allein das Team von hofgruender.de. DBV-Vize Folgart und die CSU-Bundestagsabgeordnete Marlene Mortler versprachen daraufhin, sich für Unterstützungsmöglichkeiten in diesem Bereich einzusetzen.

### Zwang oder Austausch?

Harje Kaemena hält nichts von Schwarz-Weiß-Malerei bezogen auf Betriebsgrößen und -entwicklungen. Aber er nutzte die gepriesene vielfältige Einigkeit, um ein gemeinsames Vorgehen der LandwirtInnen gegen Konzentrationsprozesse und daraus entstehende Abhängigkeiten von Konzernen der vor- und nachgelagerten Industriebereiche anzumahnen. Worte, wie sie auch auf die parallel stattfindende Demonstration „Wir haben es satt“ gepasst hätten. Doch da kippte die Stimmung auf dem Junglandwirtekongress. Zelder äußerte in scharfem Ton: „Wir diskutieren gerne über unterschiedliche Vorstellungen, aber was ich nicht ab kann, ist, wenn uns etwas aufgezwungen werden soll. Ich will mir nichts vorschreiben lassen, sondern meine eigenen Entscheidungen treffen.“ Henrik Maaß griff diese in den Raum gestellte Abwehrreaktion ruhig auf: „Es macht Sinn, sich mit gesellschaftlichen Gruppen und deren Vorstellungen von Landwirtschaft und ländlichem Raum auseinanderzusetzen. Das ist nicht immer leicht. Aber es gehört eben auch dazu, Zwänge und Abhängigkeiten zu kommunizieren und andere Lösungen zu suchen. Dann ist das gemeinsame Vorgehen eher eine Bereicherung als eine Einengung.“ cw



**Betriebsspiegel:**

47 ha Grünland  
22 ha Acker  
30 ha Wald  
55 Kühe mit Nachzucht  
20 Mastbullen

Unser Charlie ist ein gut zweieinhalbjähriges, reinrassiges Jersey-Rind, das gerade zum ersten Mal Nachwuchs bekommen hat. Nichts Besonderes, möchte man meinen, lebt Charlie doch auf unserem Milchviehbetrieb mit 55 weiteren Kühen. Da sind Geburten vor allem im Winterhalbjahr an der Tagesordnung. Dennoch wurde Charlies Kalb von unserer ganzen Familie mit besonderer Spannung erwartet. Es hat nämlich eine lange Vorgeschichte: Als unser ältester Sohn Julian zehn Jahre alt war, wünschte er sich ein junges Zwergkaninchen, um das er sich allein kümmern wollte. Vor dem Hintergrund der Erfahrung aus der eigenen Kindheit, dass das Interesse an einem Zwergkaninchen nach der ersten Be-

geisterung schnell erlahmen kann, konnten wir Julian dazu bewegen, sich stattdessen ein eigenes Kälbchen zu wünschen. Unser Gedanke war, dass man ein Kalb, sollte der kindliche Enthusiasmus schwinden, immerhin noch als Kuh nutzen kann. Es sollte aber ein besonderes Kälbchen sein, welches sich von unserem alltäglichen Viehbestand abheben und unterscheiden sollte, damit es nicht in der großen Menge unserer Fleckviehkühe untergehen konnte. Nach einigen Recherchen fuhren wir an einem schönen Frühlingssonntag zu viert mit unserem Kleinwagen-Kombi zu einem bekannten Jersey-Züchter in ein benachbartes Bundesland und kauften dort ein drei Wochen altes, sehr kleines und niedliches Jersey-Mutterkalb. Die Rasse Jersey ist gekennzeichnet durch den kleinen Körperbau und eine gute Milchleistung mit besonders hohem Fettgehalt. Noch während der Rückfahrt, die das Kalb in unserem mit

Planen ausgelegten Kofferraum verbrachte und von wo es, aus der Heckscheibe glotzend, den einen oder anderen Autofahrer verblüffte, erfolgte die Namensgebung. Die feingliedrige Statur und die edle Färbung verlangten nach einem klassischen Namen: Charlotte – daraus wurde zuhause schnell „die Charlie“. Charlie bekam einen eigenen Kälberiglu in unserem Vorgarten, und es erstaunte uns, wie konsequent Julian, der zuvor ein eher geringes Interesse an der Rinderhaltung unseres Betriebes gezeigt hatte, die Aufzucht des Kalbes mit Milchaustauscher und Nuckeleimer, sogar morgens vor der Schule, und auch alle anderen notwendigen Arbeiten übernahm. Wir besorgten ein schönes kleines Kälberhalm, und nach kurzer Zeit war Charlie es gewohnt, von Julian und seinem kleinen Bruder Moritz, begleitet von einigen Nachbarskindern, am Strick durch den Ort geführt zu werden. Nach

einigen Wochen trat Julian mit Charlie beim Jungzüchterwettbewerb der Bezirkstierschau im Nachbarort auf. Da passte das Kalb noch gerade in den Kofferraum. Im folgenden Jahr musste Charlie – nun zu einem stattlichen Jungrind herangewachsen – dann aber doch im Viehanhänger zur Tierschau gefahren werden. Den gemeinsamen Wanderungen durch das Dorf tat das aber keinen Abbruch. In der ersten Trächtigkeit verkalbte Charlie und brachte einen sechsmonatigen, unfertigen Fötus zur Welt – ein für die Kinder trauriges und dennoch einprägsames Erlebnis. Ab diesem Zeitpunkt wurde Charlie, da sie schon Milch hatte, in die Kuhherde integriert und regelmäßig gemolken, wobei sie in den besten Zeiten auf zwölf Liter Tagesmilchleistung kam. Die Sorge, dass die kleine Kuh in der großen Fleckvieh-Herde untergehen könne, erwies sich als unbegründet. Vielmehr verstand es Charlie von Anfang an, sich unter den anderen Kühen durchzuwuseln, und sie ist stets eine der ersten am Fressgitter. Sie genießt ganz offensichtlich ihren Sonderstatus als „Streichelkuh“ und ist dadurch auch mit dem nötigen Selbstvertrauen ausgestattet. Nun hat sie also ihr erstes Kalb geboren, von Julian und Moritz und ihren Freunden sehlich erwartet. Schon Tage vor dem Termin wurde der Stand der Dinge per Handy mit den Freunden ausgetauscht, und Julian lernte, die Anzeichen der nahenden Geburt zu erkennen. Als es dann soweit war, halfen alle ziehen, und nun haben wir ein kleines, braunes Karlchen mehr im Betrieb. Ob die Kinder demnächst mit Kuh und Kalb durch die Neubausiedlung ziehen werden?

Dorothee Biermann

## Charlie hat ein Kälbchen!

Nicht nur am Ende, sondern auch am Anfang kommt manchmal alles anders als gedacht. Wochenlange Planungen, minutengenaue Zeitpläne und trotzdem war es eine große Herausforderung, zwei Traktoren mit Anhänger, die MitfahrerInnen und alles was man sonst noch so braucht nach Hannover zu bringen. Die ersten Löcher in unserem Zeitplan zeigten sich schnell. Der permanente Bedarf nach Internet und der Mangel an detailliertem Kartenmaterial wurden zu einem Problem, das uns während der gesamten Tour begleitete. Die nächste Herausforderung: Essen! Wir hatten in unserem wertvollen Zeitplan das Mittagessen vergessen und so bekamen Studentenfutter und von unseren Gesprächspartnern angebotene Kekse eine ganz neue Bedeutung. Ob Gespräche mit Politikern, dem Bundessortenamt oder dem Saatgutunternehmen KWS – während der ganzen Tour begegnete uns dasselbe Verhaltensmuster: als interessierte Studenten und Auszubildende wurden wir mit freundlichem Lächeln begrüßt, als ins Thema eingearbeitete Lobbyisten mit anerkennendem Händedruck verabschiedet. Aber was uns noch viel mehr beeindruckt hat und wofür wir herzlich danken wollen, ist die Gastfreundlichkeit und Hilfsbereitschaft auf den AbL-Höfen, von denen wir fast nie ein Nein hörten! Ob Hof Maage, der uns seine Werkstatt zum Schlepperaufrüsten überlassen hat, Hof Bohnhorst und Hof Berner, die uns ihre Schlepper und Anhänger zur Verfügung gestellt ha-



## Für Saatgut nach Brüssel

ben, Hof Maaß, bei dem wir nicht nur wunderbar verköstigt wurden, sondern wo wir im Gespräch über Nachbau und Apfelsortenvielfalt auch Motivation für die nächsten Tage tanken konnten, Hof Deventer, wo nicht nur ein Pressestop organisiert wurde, sondern wir nach einer Panne auch noch mit Autowerkstatt und frischem Auto versorgt wurden, Hof Osenberg, der kurzfristig ein Pressegespräch aus dem Boden gestampft hat und Hof Schmitz, wo wir von den enthusiastischen Töchtern - und dem Augenschein nach Betriebsleiterinnen - des Hauses herzlich empfangen wurden! Und nicht zuletzt Hof Horrichs, der uns trotz weniger Stunden Vorwarnung für eine Nacht beherbergte! In Belgien angekommen wurde es noch einmal spannend: Über-

setzungsprobleme, Telefonate über tausend Ecken und eine schlecht verfügbare Polizei sorgten dafür, dass die Treckereinfahrt nach Brüssel nicht weniger als fünf Stunden dauerte. Schließlich fand der Trecker ein Notlager am Straßenrand und wir eins im Büro von La Via Campesina. Zu unserer Ehre durften wir die ersten Aktivisten sein, die die Räume als Schlafstätte nutzten, was aber, wie wir morgens feststellen mussten, ein wenig mit dem Arbeitsalltag kollidierte. Am letzten Tag der Tour tauchten wir in die Tiefen des politischen Geschehens in Brüssel ein. Aufgeteilt in zwei Grüppchen bewegten wir uns laufend bis sprintend, unterbrochen von kleinen, strategischen Treffen vor Aufzügen und Abgeordnetenbars, von Büro zu Büro im EU-Par-

lament, um unseren Standpunkt in der Saatgutpolitik für alle deutlich zu machen. Gleichzeitig wurde unser Trecker zum Mittelpunkt der Kundgebung von La Via Campesina auf dem Platz vor dem Parlament! Jetzt sind wir erst einmal froh, alle wieder gesund und munter zu Hause angekommen zu sein! Am Saatgutthema arbeiten wir auf jeden Fall weiter!

Anna Kenner, Sebastian Kußmann

**Betriebsspiegel:**

5 Agrarstudenten und Landwirtschaftsazubis  
1 Photograph  
1 Schlepper mit Anhänger  
1 Begleitfahrzeug  
6 Tage  
10 Stationen und Veranstaltungen  
Route: Hannover - Brüssel  
mehr als 600 km

# Weiter geht's mit Leguminosen!

AbL NRW Projekt „Vom Acker in den Futtertrog“ rund um regionale Eiweißfuttermittel geht in die 2. Runde

Trotz aller rückläufigen Zahlen beim Anbauumfang der (Körner-) Leguminosen, bleibt eine gute Idee eine gute Idee. Mehr Leguminosen in die Fruchtfolge und dies bindend an die Direktzahlungen, so lautete die Forderung zu den nun fast abgeschlossenen EU-Agrarreformverhandlungen der Bundes-AbL. Die agrarpolitischen Realitäten sehen anders aus. Gerade mal auf den Ökologischen Vorrangflächen und innerhalb von Agrarumweltmaßnahmen, wie der vielfältigen Fruchtfolge, sollen sie ihren Platz haben (*Unabhängige Bauernstimme 01/2014*).

## Projekt für die Praxis

Seit nun fast drei Jahren gibt es in Nordrhein-Westfalen die Projektstelle „Vom Acker in den Futtertrog“ zur Vernetzung im Themenfeld regionale Eiweißfuttermittel. Gerade wurden die finanziellen Mittel für die Fortsetzung bewilligt. Der Blick in die Praxis hat in der zurückliegenden Projektlaufzeit des Öfteren gezeigt, dass ein vermehrter Einsatz von Leguminosen auf dem Acker sinnvoll ist. Die Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit, Durchbrechung enger Fruchtfolgen, Stickstoff gratis und regionale, gentechnikfreie und hochwertige Eiweißfuttermittel seien hier angeführt. Man möchte es schon gar nicht mehr erwähnen, schon so oft wurde darüber berichtet. Nichts ist schlimmer als Langeweile, aber auf einmal durchbricht ein neuer Aspekt die Monotonie – positive Ökonomie beim Einsatz von Körnerleguminosen! Dass weitere Fruchtfolgen mit Körnerleguminosen engeren Fruchtfolgen ohne Leguminosen

ebenbürtig sein können, hat die *Bauernstimme (Unabhängige Bauernstimme 01/2013)* schon berichtet. Nun werden sie unter der seit eineinhalb Jahren anhaltenden Hochpreisphase für Sojaschrot auch im Futtertrog immer lukrativer.

## In der Schweinemast

Auf einer Tagung vom WWF Deutschland zum Thema „Mehr Nachhaltigkeit in der Geflügel- und Schweinefütterung“ im Dezember des vergangenen Jahres wurden unterschiedliche Futterrationen aus der konventionellen Schweinemast gegenübergestellt. Als Beispiel sei erwähnt, dass eine vierphasige Ration mit der Haupteiweißkomponente Sojaschrot mit einer vierphasigen Ration mit den Haupteiweißkomponenten Ackerbohne/Erbsen verglichen wurde. Die zweitgenannte Ration war der Sojaschrot mit 64,51 € Futterkosten je Schwein absolut ebenbürtig. Für dieses Beispiel ist anzumerken, dass als Preis für die Ackerbohnen und Erbsen der Austauschwert von 31,50 €/dt angesetzt wurde. Dieser Preis macht den Anbau von Körnerleguminosen attraktiv und entspricht ihrem wirklichen Wert im Futtertrog. Auch der Blick des Projekts „Vom Acker in den Futtertrog“ kann diese Ergebnisse unterstreichen. NEULAND Betriebe verwerten schon seit Jahrzehnten regionale Futtermittel erfolgreich in ihren Rationen. Aber auch andere konventionelle Betriebe ohne eine Sondervermarktung sind sehr zufrieden mit dem Einsatz von Ackerbohnen oder Erbsen. Häufig über die Agrarumweltmaßnahme vielfäl-

tige Fruchtfolge zu einer Körnerleguminose gekommen, sind Einsatzmengen in der Schweinemast von 7 bis 15 Prozent praktikabel und stehen Tageszunahmen von 900 Gramm bei sehr guten Qualitäten (Indexpunkten über 1) nicht im Wege. Erwähnt sei an dieser Stelle noch der Einsatz einer anderen regional verfügbaren Eiweißkomponente, dem Raps(extraktions)schrot. Fütterungsexperten sprechen den Rapsprodukten bei einem Preis unter 65 % des Sojaschrotpreises eine hohe Einsatzwürdigkeit zu. Dies ist natürlich der sektorale Blick. Im Ackerbau ist Raps sicherlich eine wertvolle Frucht, aber überwiegend sehr intensiv im Anbau und in vielen Fruchtfolgen viel zu eng gestellt mit den daraus resultierenden negativen Auswirkungen. Eine Auflockerung mit (Körner) Leguminosen ist auch hier sinnvoll. Genauso bietet sich eine Kombination in der Fütterung an.

## Reduzierung von Import-Soja

Dass die Reduzierung von Import-Soja in Rationen der Milchviehfütterung einfacher zu gestalten ist als bei den Monogastriern ist eine Binsenweisheit. Trotzdem hat sich der Einsatz hier über Jahrzehnte verselbstständigt. Dass es auch wieder in die andere Richtung gehen kann, zeigen Zahlen aus Bayern. Hier konnte von 2009 bis 2012 der Einsatz von Sojaschrot als Rohproteinträger halbiert werden. Die steigenden Sojapreise, die zunehmende Akzeptanz von Raps(extraktions)schrot und eine intensivierte Beratung, die speziell durch das Aktionsprogramm „Heimische Eiweißfuttermittel“ seit 2011 noch verstärkt wurde, trugen ihren Teil dazu bei. Kleegras-basierte Grundfutter in Kombination mit Silomais und der Einsatz von Ackerbohne & Co im Milchleistungsfutter könnten des Weiteren die Vielfalt in den Futtermischungen und auf dem Acker erhöhen und eine Grundlage für gute Milchleistungen und gesunde Ernährung sein. Insgesamt zeigen diese Beispiele aus der Schweinemast wie auch aus der Fütterung von Milchkühen, dass regional verfügbare Eiweißkomponenten nicht nur die Vielfalt erhöhen, sondern auch ökonomisch gesehen konkurrenzfähig sein können. Beratung und Förderungen, die die Unsicherheit in Teilen der Praxis und die regional auch noch vorhandene ökonomische Unterlegenheit im Anbau ausgleichen, bleiben aber weiterhin wichtige Grundvoraussetzung für mehr regionale Eiweißpflanzen auf dem Acker und im Trog.

*Christoph Dahlmann, Vom Acker in den Futtertrog, AbL-NRW*

## Anbau und mehr

Der Blick in die Praxis zeigt für die letzten drei Jahre überwiegend gute Ergebnisse bei den Landessortenversuchen. Diese Ergebnisse spiegeln sich auch innerhalb des Praxis-Monitorings des Projektes wider. Es gibt einen Newsletter 01/2014 mit einem Überblick über die Sorten. Des Weiteren gibt es Informationen zur Förderpolitik und anderen wichtigen Punkten rund um das Thema der Leguminosen. Wer den Newsletter beziehen möchte, kann sich gerne melden (dahlmann@abl-ev.de oder 02381-9053170). Anbauhinweise können auf der Homepage des Projektes [www.Vom-Acker-in-den-Futtertrog.de](http://www.Vom-Acker-in-den-Futtertrog.de) unter „Praxis“ eingesehen werden. Dort kann auch ein „Marktplatz“ genutzt werden. Als Anbauender ohne eigene Verwertung ist es oftmals schwierig, einen guten Preis beim klassischen Landhandel zu erzielen. Wir stellen auch Verbindungen zu potentiellen Abnehmern her.

*Christoph Dahlmann*



Lautstark für die Königin des Ackerbaus

Foto: Nürnberger





## Wir haben es satt und wir haben Ideen

Über 30.000 Menschen fordern in Berlin eine andere Agrarpolitik und eine Abkehr von industrialisierter Lebensmittelproduktion

Die bäuerliche Landwirtschaft ist nicht modernitätsfern, arm oder unterentwickelt. Es ist ein nachhaltiges landwirtschaftliches Modell, das natürliche und menschliche Ressourcen respektvoll nutzt und so soziale und Ernährungssicherheit weltweit garantiert. Dafür steht das diesjährige Internationale Jahr der bäuerlichen Familienbetriebe und dafür stehen wir heute in Berlin! fasst Carlo Petrini, Präsident von Slow Food International auf der Abschlusskundgebung der Demonstration „Wir haben es satt“ Mitte Januar in Berlin eines der zentralen Anliegen der über 30.000 Demonstranten zusammen. Anlässlich der Grünen Woche hatte auch dieses Jahr wieder ein breites Bündnis aus über 100 Organisationen, darunter Bäuerinnen und Bauern, ImkerInnen, Natur-, Tier- und VerbraucherschützerInnen, Entwicklungsorganisationen und Erwerbsloseninitiativen zur Demonstration aufgerufen. Und wer glaubte die Welle des Protestes ließe nach, die Verbraucher würden müde, sich gegen eine scheinbar übermächtig-

tige, weil ungreifbare, Agrar- und Lebensmittelindustrie zur Wehr zu setzen, sah sich gründlich getäuscht. Mehr Demonstranten als in den Jahren zuvor waren nach Berlin gekommen, um auf dem Weg vom Potsdamer Platz, vorbei am Landwirtschaftsministerium bis zum Kanzleramt ihr Forderungen nach einer nachhaltigen Landwirtschaft und nach gesunden Lebensmitteln kund zu tun. Ganz anders als es der Präsident des deutschen Bauernverbandes Joachim Ruckwied im Vorfeld der Demo gegenüber der FAZ äußerte, ging es den Veranstaltern und Demonstranten nicht darum „Gülle über redlichen Bauernfamilien auszuschütten.“ Ganz im Gegenteil, viele dieser Bauernfamilien nahmen mit Schleppern und Bannern an der Demonstration teil. Ganz anders als es der Bauernverband gerne hätte demonstrierten in Berlin nicht Ideologen, sondern Bäuerinnen und Bauern zusammen mit Verbrauchern, um verlässliche Rahmenbedingungen für die Zukunft einer bäuerlichen Landwirtschaft zu fordern.

### Gentechnikfreiheit sichern

Neben den Slogans auf unzähligen Schildern und Bannern kam dies in den Reden der Abschlusskundgebung vor dem Kanzleramt zum Ausdruck. So forderte Felix Prinz zu Löwenstein, Vorsitzender des Bundes Ökologische Lebensmittelwirtschaft, ein klares Nein zur Agrogentechnik: „Die Menschen wollen keine Gentechnik auf Äckern und Tellern. Die Zukunft aller Landwirte in Deutschland hängt daher davon ab, ob sie weiterhin gentechnikfrei produzieren können. Es ist deshalb entscheidend, dass die Bundesregierung in Brüssel mit einem klaren Nein gegen die Zulassung des Gentech-Maises „1507“ stimmt.“

### Ein Verhältnis zum Tier

Gerade die im vergangenen Jahr immer wieder, auch in den Medien, thematisierte voranschreitende Industrialisierung der Tierhaltung ist für viele Verbraucher nicht nachvollziehbar. Die Versuche des Bauernverbandes, mit einer Medienoffensive die Funktionalität und Hygiene mit der Webcam di-

rekt aus dem Stall den Verbrauchern nahe zu bringen, sind gescheitert. Um Bauern und Verbraucher wieder näher zusammen zu bringen, bedarf es einer Abkehr vom „immer größer“ ist sich Eckehard Niemann, Sprecher des Netzwerks Bauernhöfe statt Agrarfabriken, sicher und fordert: „von der Bundesregierung das vollständige Verbot neuer Megaställe sowie Gesetze für eine artgerechte, flächenverbundene Tierhaltung ohne Antibiotika-Abhängigkeit, mit Auslauf und Stroh, in bäuerlich-mittelständischen Strukturen und lebendigen ländlichen Regionen – also: Klasse statt Masse zu fairen Erzeugerpreisen!“

### TTIP stoppen!

Dass es für viele Demonstranten nicht nur um den eigenen Einkaufskorb geht, sondern viele von ihnen die Entwicklungen im Landwirtschafts- und Lebensmittelsektor im gesellschaftlichen





### Freiheit für die Vielfalt

Das Ziel unserer Trecker-Saatgut-Tour war klar: Die Bevölkerung unterwegs, aber auch die Berliner und Brüsseler Demonstranten auf die aktuell anstehende EU-Saatgutgesetzgebung aufmerksam machen. Daher startete die junge ABL dieses Jahr von Hannover sowohl nach Berlin als auch nach Brüssel mit jeweils einem Trecker ihre Saatgut-Tour. Unterwegs haben wir an vielen Orten des Saatgutinteresses Halt gemacht und Kundgebungen, Pressekonferenzen und politische Suppentöpfe veranstaltet. Für uns Berlinter waren dies nach dem Ministergespräch mit Christian Meyer in Hannover vor allem Braunschweig, wo das Thünen Institut nicht mit uns reden wollte, und Gatersleben, wo eine der weltweit größten Genbanken ihren Sitz hat. Dort wird das Saatgut von 150.000 alten und neuen Kulturpflanzen gelagert – und mit Gentechnik experimentiert... Hier sind wir nicht so gern gesehene Gäste – und kommen trotzdem immer wieder! Am Tag vor der Großdemonstration haben wir in Berlin mit einer Pressekonferenz beim Märkischen Landbrot und dann mit einer Trecker-Tour durch die Hauptstadt auf unser Anliegen: „Saatgutvielfalt retten - Zukunft säen in Berlin und Brüssel“ aufmerksam gemacht. Mit Trecker und Anhänger mitten durch Berlin zu fahren ist schon ein Abenteuer, der Verkehr ist dicht und oft unübersichtlich, dennoch haben die Berliner uns sehr gelassen begrüßt und den ein oder anderen Stop mitten auf der Straße („nach links oder rechts?“) nicht weiter übel genommen. Abends hatten wir dann den riesigen Parkplatz beim Treckerfahrercamp am Circus Cabuwazi zunächst fast ganz für uns allein, langsam füllte er sich und am nächsten Morgen empfing uns die überwältigende Kulisse von insgesamt 70 Traktoren. Im Konvoi ging es dann Richtung Demo, wo unser Saatgut-Trecker vor dem Landwirtschaftsministerium ausgesichert ist, und als Bühne einen weiteren Auftritt hatte.

Carla Proetzel für die Berlin-Route

### Fortsetzung von Seite 11

Zusammenhang begreifen, wurde an der großen Bedeutung des derzeit von der EU-Kommission, hinter verschlossenen Türen mit den USA verhandelten Freihandelsabkommens deutlich. In den vergangenen Jahren waren vor allem die Patentierung von Pflanzen und Tieren und die damit verbundene Abhängigkeit von wenigen international agierenden Unternehmen als Bedrohung empfunden worden. Der jetzt im Rahmen des Freihandelsabkommens (TTIP) zu befürchtende Verlust hoher nationaler und europäischer Produktions- und Lebensmittelstandards zugunsten eines ungehinderten, industrie-freundlichen Warenflusses schreckt viele Menschen auf. „2014 ist ein entscheidendes Jahr. Es kommt darauf an, das Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU zu stoppen. Dieses Abkommen gefährdet uns, unsere Kinder, die Tiere und die Umwelt. Das dürfen wir nicht zulassen. Chlorehühner, Hormonfleisch und Gentechnik auf dem Teller lehnen wir ab!“ stellt Hubert Weiger, Vorsitzender des Bunds für Umwelt und Naturschutz Deutschland, mit Blick auf die Auswirkungen von TTIP auf den Landwirtschaftsbereich fest und fordert den neuen Bundeslandwirtschaftsminister Friedrich auf, sich dafür einzusetzen, „dass mehr Geld in tiergerechte Haltungsformen fließt und dass Gentechnik und Pestizide nicht in unsere Lebensmittel gelangen.“ In einer ersten Reaktion begrüßte

Bundeslandwirtschaftsminister Friedrich (CSU), dass sich Demonstranten an der politischen Debatte beteiligten. „Alle Argumente, die dort vorgetragen werden, spielen auch in unserer Diskussion eine Rolle und haben ihre Berechtigung“, sagte er. Offen ließ er in seiner Aussage, mit wem er diskutiert. Findet „unsere Diskussion“ im Bundeslandwirtschaftsministerium oder innerhalb der Bundesregierung statt? Wird sie mit Vertretern des Bauernverbandes oder der Agrarindustrie und den Lebensmittelkonzernen geführt? Nicht beteiligt sind in jedem Fall die Bäuerinnen und Bauern, Verbraucher, Tier- und Umweltschützer, die in Berlin auf die Straße gehen mussten, damit ihre Forderungen wahrgenommen werden. Dass Landwirtschaftspolitik weltweite Auswirkungen hat wenn Milchpulver, Hühnerreste und Schweinefleisch, die in Massen von Deutschland und der EU exportiert werden, so billig sind, dass Bauern in Afrika damit nicht konkurrieren können, zeigt Kerstin Lanje, Referentin für Welthandel und Ernährung bei MISEREOR auf. „Auch unsere Soja-Importe als Futtermittel für die massenhafte Fleischproduktion gehen auf Kosten der Armen in den Herkunftsländern. Riesige Flächen von wertvollem Ackerland werden für die Sojaproduktion genutzt, die dann für den Anbau von Lebensmitteln fehlen. Menschen werden von ihrem Land vertrieben. Pestizide für die anfälligen Monokulturen vergiften Menschen, Tiere und die Umwelt.“

### Gesellschaftliches Interesse

Die aus allen Teilen der Gesellschaft stammenden Teilnehmer an der Demonstration „Wir haben es satt“ zeigen, welche Bedeutung die Menschen der Herkunft ihrer Lebensmittel, dem Erhalt einer intakten Umwelt, sauberem Grundwasser und einer ethisch vertretbaren Tierhaltung beimessen. Landwirtschaft wird von vielen Menschen als die Grundlage einer selbstbestimmten Gesellschaft gesehen, das zeigen die steigenden Zahlen der Menschen, die sich auch in Berlin bei „Wir haben es satt!“ für eine nachhaltige Landwirtschaft engagieren. Die Reform der EU-Agrarpolitik hat wesentliche, fortschrittliche Instrumente in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten gelegt. Als Bäuerin und Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft fordert Maria Heubuch in dieser Konsequenz von der Bundesregierung „Deutschland hat nun so große Möglichkeiten wie nie zuvor, über eine gerechtere und ökologischere Politik nicht nur zu reden, sondern sie tatsächlich umzusetzen. Das steht jetzt an! Frau Merkel, liefern Sie!“

mn



Kurz nach den Traktoren erreicht die Spitze der über 30.000 Demonstranten das Gelände vor dem Reichstag





### Familientreffen im Zirkuszelt

Die Trecker derer, die sich auf den mehr oder weniger langen Weg nach Berlin gemacht haben sind so unterschiedlich wie ihre Lebenswirklichkeiten und die Höfe von denen sie kommen. Aber das spielt hier keine Rolle, denn sie fahren zusammen für eine andere Agrarpolitik, den Erhalt einer bäuerlichen Landwirtschaft, für gute Lebensmittel, artgerechte Tierhaltung, ein Wirtschaften mit der Natur, nicht gegen sie. Und so hat der Abend vor der Demo inzwischen fast etwas von einem alljährlichen Familientreffen, diesmal nicht auf dem Stadtgut Blankenfelde sondern im Zirkuszelt des Cabuwas. Unter großem Hallo werden dort auch die Letzten noch empfangen und bekocht. Auf dem Parkplatz der O2-World schmückt man akribisch, schließlich sollen die Trecker morgen stadtfrein am Alex vorbei auf den Potsdamer Platz rollen. Da sind viele! Die Sonne scheint, man kann mit offener Frontscheibe fahren, trotz Januar. All das ist Nervennahrung für den langen, einsamen Weg nach Hause, neben Waldbeerenbrunch und Hasenbrotchen aus der Zirkusküche. Gegen die Müdigkeit und das sonore Brummen des Sechszylinders, gegen die Dunkelheit der Nichtkraftverkehrsstraßen und Nichtautobahnen. Gut, sich wieder aufgerafft zu haben, auch wenn keiner mehr wach ist zu Hause auf dem Hof, die Tagesschau mit dem Bericht, der anfängt mit den Worten: „angeführt von 70 Traktoren und 100 Bauern haben heute rund 30.000 Menschen für...“ lange vorbei ist. Nur der Hund kommt einem noch schwanzwedelnd entgegen.



Fotos Seite 12 und 13 : Wir haben es satt; Schielvelbin; Nürnberger; Jasper; ARC2020;



### Schleppernotruf

Gut 15 Stunden war die Jungbäuerin und AbL-Mitglied Elisabeth Fresen mit ihrem Trecker aus Verden unterwegs, um auf der „Wir haben Agrarindustrie satt!“-Demonstration in Berlin ein klares Zeichen für eine bäuerliche und ökologischere Landwirtschaft zu setzen. Erst kurz vor der Demo wurde ihrem „John Deere“ ein neuer Motor eingebaut, um die rund 700 km sicher und wohlbehalten zurücklegen zu können. Trotzdem passierte auf dem Heimweg von Berlin nach Verden genau das, was sich niemand von uns wünscht: Der Trecker blieb 50 km hinter Berlin liegen! Alle Versuche ihn zu reparieren scheiterten. Um den Trecker nach Hause bringen zu können, organisierte die Demoleitung kurzfristig einen Tieflader und übernahm die Kosten in Höhe von rund 1.500 € für den Transport des Traktors nach Verden. Da dieses Geld natürlich nicht im Budget vorgesehen war, haben wir mit einem üppigen Finanzloch zu kämpfen. Darum bitten wir euch heute erneut um Spenden. Vielen Dank!  
Empfänger: DNR Umwelt und Entwicklung; Konto-Nr. : 26005181; BLZ: 37050198;  
IBAN: DE95 3705 0198 0026 0051 81; Verwendungszweck: Traktorschaden 2014



### Politischer Suppentopf

Nach der „Wir haben es satt!“ Demo beschloß ich, die Aktion noch gesellig und inhaltlich vertieft ausklingen zu lassen. Wie schon im letzten Jahr, stellt die Heinrich Böll Stiftung ihre Räume für Suppe und Austausch zur Verfügung. Dort angekommen, merke ich erst mal, wie kalt es draußen war und wie hungrig ich bin. Mist – so geht es ganz vielen anderen auch. Die Schlange an zwei Essensausgaben ist sehr lang. 30.000 Leute sind es gewesen, also auf der Straße. Beeindruckend - wo doch kein Skandal das Thema beflügelt hat. Alle wollen keine Agrarindustrie. Aber was heißt das denn, für den Einzelnen, für die Organisationen, für internationale Initiativen? Das erfahre ich. In Gesprächen beim Essen, beim Anstehen (egal ob zum Pinkeln oder für Kaffee), an Infotischen. Und das ist nur der informelle Teil. Zudem gibt es in drei Räumen ein organisiertes Programm. In einem großen Saal mit einer kleinen Bühne stellen sich Initiativen vor. Vielfältig, vielsprachig, aus verschiedenen Kontexten, von Armut in Deutschland bis Umweltbildung. Japanische Bakterien finden Raum, ebenso wie polnische Frackinggegner. Jede/r hat fünf Minuten Vorstellungszeit. In einem weiteren Raum diskutieren JunglandwirtInnen über ihre eigene Zukunft, initiiert von dem Youth Food Movement. Und es wird ein Film von Nils Aguilar gezeigt: „Voices of Transition“ (Stimmen der Veränderung/des Übergangs). Auch hier haben sich viele Menschen eingefunden, die nach dem Lärm der Demo einen ruhigen Raum suchten, in dem sie im Thema bleiben können. Insgesamt bleibe ich drei Stunden. Lasse mich treiben und genieße die angenehme Stimmung, höre zu, treffe Freunde, lache, bin froh. So empfinden viele das Treffen und es wird allgemein als aufgeschlossen, zugewandt, persönlich beschrieben. Schön ist es nach der Demo die Möglichkeit zu haben, sich zu treffen. Nun weiß ich ein Stück besser, worauf die anderen 29.999 Menschen agrarpolitischen Appetit haben. *Lea Unterholzner*





## Falscher Aktionismus oder echtes Bemühen?

Eine neue EU-Bioverordnung wird nicht zwangsläufig besser

Von einer „Bio-Bombe“ spricht die *Hamburger Morgenpost* im Hinblick auf das jetzt ruchbar gewordene Arbeitspapier der EU-Kommission, das bis März diesen Jahres in einen Vorschlag zur Überarbeitung der EU-Bioverordnung münden soll. Schließlich, so der Tenor des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel*, dem das Papier zugesprochen wurde, sei nicht überall Öko drin, wo Öko drauf stehe. Er bemüht das alte Beispiel vom Erdbeerjoghurt in dem, auch wenn er aus Ökomilch hergestellt wird, gar keine einzige Erdbeere enthalten sein muss, auch für die EU-Öko-Verordnung reichen bislang Aromastoffe. EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș wird zitiert mit dem Wunsch nach zurück zu gewinnender Glaubwürdigkeit und der Abschaffung der

vielen Ausnahmen, die bislang für verschiedene Bereiche der Bioverordnung gegolten haben. Konkrete Einzelheiten sind das Verbot von Teilbetriebsumstellungen, eine zu 100 % ökologische Eiweißfuttermittellieferung (statt bislang 95 %) und eine Erhöhung des Anteils regionaler Futtermittel von 20 auf 60 %. „Alle Änderungen, die sinnvoll und schon länger von uns gefordert wurden“, entschärft Peter Röhrig vom Bundesverband Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) die Bio-Bombe. Was allerdings er und auch BÖLW Vorstand Prinz Felix Löwenstein kritisieren ist, dass, vorausgesetzt der Kommissionsvorschlag sieht so aus wie das Arbeitspapier, eine grundsätzliche Neuüberarbeitung der Verordnung vorgenommen wird, obwohl die

Details der erst 2007 letztmalig total renovierten Gesetzesgrundlage noch gar nicht alle in der Praxis angekommen sind. Unter Umständen bleiben nun Baustellen offen, die schon viel länger auf ihren Abschluss warten. Stattdessen entstünde erneut viel Rechtsunsicherheit für die Betriebe, so Röhrig. Nicht unproblematisch sieht er auch geplante Änderungen in der Kontrolle, deren Übertragung an staatliche Behörden, die von ihrem Vorgehen her sehr viel stärker auf Produktqualität achteten, als auf der von der Branche favorisierte Focus auf Prozessqualität. Für diesen veränderten Blickwinkel spricht auch die im Arbeitspapier angekündigte Einführung von Rückstandskontrollen auf Pestizide in Ökoprodukten mit Grenzwerten, die denen von

Babynahrungsmitteln entsprechen sollen. Stärkere Kontrollen für internationale Warenströme zielen darauf ab, den wachsenden und damit auch für schwarze Schafe immer attraktiver werdenden Biomarkt besser zu kontrollieren. In den vergangenen zehn Jahren verdreifachte sich der Umsatz mit Ökowerden auf sieben Mrd. Euro. Nicht nur in Deutschland übersteigt die Nachfrage nach Bioprodukten die einheimische - und damit auch kontrolltechnisch überschaubarere - Produktion. Anreize, dies zu ändern, werden von der Bundespolitik kaum gegeben, also will man sich auf dem globalisierten Biomarkt mit mehr Kontrolle absichern. Dabei gilt nach wie vor: nur regional ist Bio wirklich ökologisch. *cs*

## Meinungsbildung zu GV-Mais 1507

Wie Deutschland im EU-Ministerrat stimmt, kann viel ausmachen

Das meiste Geld wird heute mit gentechnikfreier Ware verdient. Sollte die EU in den kommenden Tagen dagegen den gentechnisch veränderten Mais 1507 von Pioneer zulassen, wäre das ein großer Bruch und ein erster Schritt hin zum Verlust der Wahlfreiheit.“ Bertram Brökelmann, Inhaber der größten privaten Ölmühle Deutschlands, fand deutliche Worte in Richtung Bundesregierung auf einer Pressekonferenz im Rahmen der Grünen Woche in Berlin. „Wenn wir jetzt bei uns Gentechnik zulassen, verlieren wir ein wichtiges

Verkaufsargument vor der Konkurrenz“, so der konventionell wirtschaftende Ölmüller aus Hamm in Westfalen.

### Ablehnung bei Verbrauchern

Aktuell steht die Entscheidung der EU-Mitgliedsstaaten für oder gegen die Anbauzulassung der neuen gentechnisch veränderten Mais-Sorte 1507 von Pioneer Hi-Bred an. Der GV-Mais produziert ein Insektengift, das für den Maiszünsler tödlich sein soll. Zudem ist er resistent gegen den,

die Embryonalentwicklung beeinflussenden, Wirkstoff Glufosinat. Die neue Bundesregierung tut sich schwer. Landwirtschaftsminister Hans-Peter Friedrich (CSU) ließ verlauten, der Meinungsbildungsprozess sei noch nicht abgeschlossen. Wenn Verbraucher und Bauern gentechnisch veränderte Produkte nicht wollten, sollte dies für die Politik ein wichtiges Kriterium sein, so Friedrich. Der Bauernverband hat sich ablehnend gegen die

Zulassung des gentechnisch veränderten Mais geäußert. „Unsere Verbraucherinnen und Verbraucher wollen diese Produkte nicht“, sagte Bauernpräsident Joachim Rukwied am Rande der Grünen Woche. „Auch aufgrund der rechtlichen Situation raten wir unseren Bauern dringend vom Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen ab.“

### Wer setzt sich durch?

Nach einer 2-tägigen Koalitionsrunde, die am Rande auch den 1507 zum Thema hatte, gibt es innerhalb der Bundesregierung noch Abstimmungsbedarf. Die Haltung zur Gentechnik ist in allen drei Regierungsparteien nicht eindeutig. Die Frage ist, wer sich wo durchsetzt und wie der Druck der gentechnikkritischen Bewegung wirkt. Inzwischen sind SPD und CSU gegen die Anbauzulassung des 1507. Jetzt fehlt noch die CDU. Auch hier gibt es kritische Stimmen, wie die des CDU-Bundestagsabgeordneten und Bauern Hans-Georg von der Marwitz, der erklärte: „Deutschland muss sich eindeutig positionieren. Wir können uns bei einem fundamentalen Thema wie der Grünen Gentechnik nicht aus der Affäre ziehen.“ Allerdings hat er seine Parteikolleginnen, Bundeskanzlerin Angela Merkel und Wissenschaftsministerin Johanna Wanka, noch nicht überzeugen können. Dem Vernehmen nach ist die CDU für eine Zulassung des 1507. Bleibt es dabei, würde sich

Deutschland bei der Abstimmung im EU-Ministerrat, voraussichtlich am 11. Februar, enthalten.

### Eindeutige Entscheidung

Aufgefordert vom Bündnis für gentechnikfreie Landwirtschaft Niedersachsen, Bremen, Hamburg verfasste Niedersachsens Landwirtschaftsminister Christian Meyer (Grüne) einen Brief an seinen Berliner Amtskollegen, in dem er ihn aufforderte, die Anbauzulassung zu stoppen. Anschließend richteten die sechs grünen Landes-Landwirtschaftsminister einen Appell an Bundeskanzlerin Merkel, mit „Nein“ zu stimmen. Derweil hat das EU-Parlament die Genehmigung der Maissorte abgelehnt. Ein deutliches Signal an die Europäische Kommission und die Mitgliedsstaaten. Unter den EU-Mitgliedsstaaten gibt es derzeit mehr Ablehner einer Anbauzulassung als Befürworter, allerdings eben auch Länder wie Dänemark, Niederlande, Portugal und Deutschland, die sich nicht eindeutig verhalten. Bei einer nicht eindeutigen Mehrheit würde der Antrag an die Europäische Kommission zurückverwiesen. Diese hat schon angekündigt, in dem Fall zuzulassen. Um so wichtiger, dass die CDU gemäß ihres Koalitionsvertrages handelt und die „breite Ablehnung der Grünen Gentechnik in der Bevölkerung anerkennt.“

*Annemarie Volling, Netzwerk gentechnikfreie Regionen*



Klare Positionen

Foto: Jasper



# Asphaltcowboys und -girls für die Saatgutvielfalt

Eine Treckertour für ein gerechtes EU-Sortenrecht

Demonstrationen mit Traktoren sind immer etwas bewegendes, nicht nur optisch ob der großen blechernen Masse, die bewegt wird, sondern vielmehr, weil immer auch mitschwingt: hier nehmen Menschen eine Menge auf sich, um für Ihre Interessen einzutreten. Gleichzeitig wird schon anhand des Fahrzeugs klar, wer demonstriert: Bauern und Bäuerinnen. Trecker sind in Innenstädten, also den bevorzugten Demoorten, eigentlich nicht erlaubt und zudem besonders dort, angesichts ihrer Masse, nicht ganz einfach zu manövrieren. Sie bieten, auch wenn es hier deutliche Verbesserungen zu Fritzmeier und Co. gibt, wenig Komfort, zumal wenn zwei Personen sich die enge Kabine teilen müssen. Hinzu kommt, dass sie langsam sind, in immer schnelllebigeren Zeiten ein No-go der Fortbewegung. Umso erstaunlicher ist es dann, wenn sie nun ausgerechnet von jungen, vermeintlich zeitknappen Leuten, engagierten für eine vermeintlich rückwärtsgewandte bäuerliche Landwirtschaft sogar auf eine mehrtägige Tour gebracht werden. Ein flotter neuer Fendt 415 und ein etwas älterer aber schon demerfahrenere 512er, sonst zuverlässige Zugmaschinen für Kartoffelpflanzmaschine und Drille, und eine Truppe aus gut gelaunten, offenen jungen Frauen und Männern, die wissen was sie tun und was sie wollen. Wollmütze und iPhone sind kein Widerspruch, die eine wärmt old fashioned die Ohren, das andere zeigt auf google maps neomodisch wo es lang geht.

## Freiheit für die Vielfalt

Es geht um den Erhalt der Saatgutvielfalt auf dieser Tour, um eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit für dieses Thema, das alle angeht, die essen. Aber es zeigt auch, bäuerliche Landwirtschaft ist ein Zukunftsmodell, denn hier ist die Zukunft unterwegs. Hier fährt eine Landwirtschaft, die mit der Gesellschaft gemeinsam arbei-

ten will, nur wenige von denen die dabei sind, kommen vom Hof. Sie haben kein Kommunikationsproblem mit dem Verbraucher, wie es vom Bauernverband so oft beweint wird, sie kommunizieren. Zum Auftakt der Tour in Hannover auch gleich mit dem örtlichen Landwirtschaftsminister Christian Meyer, der verspricht, sich im Zusammenhang mit der europäischen Saatgutrechtsreform für eine Vielfalt der Biodiversität und der Betriebe stark zu machen, bürokratische und finanzielle Hürden abzubauen und auch in Niedersachsen hinzugucken, was sich da noch verbessern lässt. Vielleicht über regionale Fördermaßnahmen, vielleicht über Änderungen bei den Landessortenversuchen.

## Politische Suppentöpfe

Danach fahren jeweils ein Trecker und ein Begleitfahrzeug nach Berlin zur „Wir haben es satt“ Demo und ein Gespann nach Brüssel zur Kundgebung von Via Campesina zum Saatgut. Unterwegs gibt es weitere Aktionen, politische Suppentöpfe, übernachten auf Höfen von AbLern. Der erste Stopp ist noch in Hannover beim Bundessortenamt, auch dort wird der Vorschlag der EU-Kommission zur Saatgutrechtsreform debattiert. Für das Bundessortenamt geht es hier auch um existenzielle Fragen, gäbe es keine Zulassungsverpflichtung mehr, fiel ein Arbeits- und Einnahmenbereich weg, und dass, wo doch das Amt sowieso schon in der Kritik des Bundesrechnungshofes steht, weil es nicht kostendeckend arbeitet. Für die Biodiversität, den Erhalt auch alter, regionaler Sorten, für eine bäuerliche Selbstbestimmung in der Saatgutfrage wäre die Option, die Sortenzulassung abzuschaffen ein Gewinn. Offenbar wurde sie zwar von der EU-Kommission in der ersten Runde bedacht aber verworfen, die Saatgutindustrie hat kein Interesse daran. Aber nun werden die Karten neu gemischt, wenn es dabei

bleibt, dass durch die fraktionsübergreifende Ablehnung der EU-Parlamentarier die Kommission genötigt wird, wieder einen neuen Vorschlag vorzulegen. Eigent-



Da waren noch alle zusammen - Brüssel- und Berlintoner in Hannover Foto: Schievelbein

lich ist die Zulassung antiquiert, stammt noch aus Zeiten als auch in Deutschland Menschen hungerten und es darum ging nur geprüft hochwertiges, ertragsstarkes Saatgut auf den Acker zu bringen. Diese Zeiten sind vorbei, auch Landwirtschaftsminister Christian Meyer stellte nachdenklich die Frage, wie zeitgemäß so eine Zulassung noch sei. Es geht um einen gleichberechtigten Marktzugang aller in der Pflanzzüchterszene, der muss durch die neue EU-Regelung gewährleistet werden. Inzwischen sind alle Saatguttourer wieder gut zu Hause angekommen, spannende Gespräche liegen hinter ihnen und viele Kilometer Asphalt abseits der Autobahnen. Aber die Arbeit zum Erhalt der Saatgutvielfalt geht erst einmal in die nächste Runde. cs



## Einseitige Förderung

Während ein Projekt der ökologischen Pflanzenzüchtung gerade mit 7.000 Euro über den Förderpreis Ökolandbau prämiert wurde, und deren Wichtigkeit vom Bundeslandwirtschaftsminister betont wird, weil es in diesem Bereich nicht viele Züchter gebe, gibt das Ministerium gleichzeitig zwölf Millionen Euro dafür aus, das sich daran auch nichts ändert. Es fördert mit dieser Summe elf Verbundprojekte in Sachen Weizenzüchtungsforschung. Es kooperierten dort wissenschaftliche Einrichtungen und Wirtschaftspartner aus der praktischen Pflanzenzüchtung. Langfristiges Ziel sei die Entwicklung besonders ertragreicher, umweltstabiler Weizensorten, so die koordinierende Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) in einer Presseerklärung. Hinter dieser gut klingenden Zielformulierung steht im wesentlichen die Hybridweizenforschung und Umsetzung zur Praxisreife, berichten die beteiligten Unternehmen. cs

## Zurück auf Los

Saatgut-Treuhand versucht erneut, die allgemeine Auskunftspflicht gerichtlich durchzudrücken

Die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) lässt nicht locker. Sie versucht erneut über gerichtliche Auseinandersetzungen doch noch zu einer allgemeinen Auskunftspflicht zu kommen, und damit die höchstgerichtlichen Beschlüsse von Europäischem und Bundesgerichtshof ad absurdum zu führen. Konkret geht es um Fälle, die die Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze betreut, in denen die STV Bauern und Bäuerinnen zu spät (die obersten Gerichte hatten geurteilt, dass es im laufenden Wirt-

schaftsjahr stattzufinden habe) mit Aufbereitermeldungen konfrontiert und als Anhaltspunkt zur Auskunftserlangung vorgelegt hat. Wohl wissend, dass aufgrund der zeitlichen Dimension keine Auskunft mehr einzufordern möglich ist, pocht die STV nun darauf, dass hier ein Schadensersatzfall vorliegt. Denn, so ihre Argumentation, der Bauer, die Bäuerin dürfe überhaupt nur Nachbau betreiben, wenn der Auskunftspflicht und auch der Pflicht zur Nachbaugebührenezahlung sofort bei der Aussaat nachgekommen würde. Tut er oder sie das

nicht, wird eine Sortenschutzverletzung begangen, die Schadensersatzforderungen nach sich zieht. Damit wäre man dann wieder bei einer allgemeinen Auskunftspflicht, der Anforderung an den Bauern, die Bäuerin aktiv zu werden, wie sie die höchsten Gerichte verneint haben. Das Landgericht München ist der Argumentation der STV trotzdem gefolgt, das Landgericht Düsseldorf hat auf Grundlage der EUGH und BGH Urteile gegen die STV entschieden. Der Weg durch die Instanzen ist erneut eröffnet. cs

# Tierschutz nach Kassenlage

Eine Veranstaltung zur Frage: Mehr Tierschutz - wer zahlt?

Manchmal gibt es Veranstaltungen, auf denen das nicht gesprochene Wort durch den nicht teilnehmenden Vertreter einer Interessengruppe die größte Aussagekraft hat. Der wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik hatte auf der Grünen Woche zum Thema „Mehr Tierschutz in der Landwirtschaft – wer zahlt?“ Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Interessenverbänden geladen, gekommen waren alle – außer dem Lebensmitteleinzelhandel. Der hatte zwar

für was denn hier eigentlich bezahlt werden soll – für artgerechte Tierhaltung, kleine Verbesserungen im bestehenden System oder für gar keine Veränderungen – wurde hier nicht gestellt. Nur am Rande wurden die Schwierigkeiten deutlich. So musste Bert van den Berg vom niederländischen Tierschutzverein einräumen, dass die hohen Marktanteile von 20 bis 30 % beim Schweinefleisch, die ihr Label Beter Leven erreicht, hauptsächlich auf dem geringsten

Röring. Insofern rechne man auch mit einer großen Beteiligung von Betrieben an der Tierwohlinitiative. Bezahlen müsse seiner Meinung nach eindeutig der Verbraucher „einen Soli, um einen Massenmarkt voranzubringen.“

## Wo ist die Politik?

Von der Politik getrieben musste man sich auf der Veranstaltung wirklich nicht fühlen, denn weder Clemens Neumann, Abteilungsleiter im Bundeslandwirtschaftsministerium, noch Leon Arnts, Referent für Tierwohl im niederländischen Wirtschaftsministerium, bekundeten großen Handlungswillen. Dabei hatte Moderator Grethe verschiedene Möglichkeiten aufgezeigt, wie die Politik zur Finanzierungsfrage von mehr Tierwohl beitragen könnte. Zum einen nannte er die Spielräume, die sich durch Änderungen in der Förderpolitik der europäischen, aber auch der nationalen Agrarpolitik auf tun ließen. Zum anderen entwickelte er die Idee einer Initiative unter den „nordwesteuropäischen Kernländern als Pionierländer“ zur konzentrierten Anhebung von Tierhaltungsstandards und fragte ab, ob so etwas realistisch sein könnte, oder ob man beim „Totschlagargument: nur Eu-weit“ bleibe. Einhelliges Abwinken war die Antwort von beiden Vertretern. Ob sich an dieser Haltung etwas ändert, wenn Dänemarks neuer Landwirtschaftsminister Dan Jørgensen wahr macht, womit er sich in einer aktuellen Presseerklärung weit aus dem Fenster lehnt: nämlich der Entwicklung eines strengen Tierschutzaktionsplans bis Ende Februar? Das Kupieren der Schweineschwänze, die betäubungslose Ferkelkastration und Ferkelverluste, stünden als zu bearbeitende Posten auf seiner Agenda. So weit in Details eingearbeitet ist sein neuer deutscher Amtskollege Hans-Peter Friedrich (CSU) offenbar noch nicht, er sagte auf seiner Pressekonferenz zur Grünen Woche, auf allen Betrieben, die er kenne, würden die Tiere artgerecht gehalten. **cs**

## IG Bau: Tier- und Menschenwohl

Zu oft werde in der meist „sehr emotional geführten Diskussion“ um Tierwohl übersehen, dass auch die Belange der Beschäftigten auf den Höfen berücksichtigt werden müsse. So die Einschätzung der Agrarergewerkschaft IG BAU in einem nun veröffentlichten Positionspapier. Ein verantwortungsbewusster Umgang mit Tieren in der Landwirtschaft ist nach Einschätzung der Gewerkschaft nur zu erreichen, wenn gleichzeitig gute soziale Rahmenbedingungen und die Gewährleistung der Gesundheits- und Arbeitsschutzvorschriften für Arbeitnehmer vorhanden seien. Weitere im Positionspapier formulierten Anforderungen sind unter anderem eine bundeseinheitliche Gestaltung der Umweltverträglichkeitsprüfungen in der Landwirtschaft. Diese hätten außerdem auf den Bau aller Tierhaltungsanlagen, unabhängig von ihrer Größe, Anwendung zu finden. Daneben müsse die Tierhaltung die angeborenen Verhaltensweisen der Tiere akzeptieren und damit ihrem Sozialverhalten und ihrer Ernährungsphysiologie gerecht werden. **cs**



Ob es diesen hier genügt, anonymen Tierschutz à la Branchenlösung zu bezahlen?

Foto: Jasper

bereits auf einem Branchentreff am Tag zuvor betont, wie sehr er hinter der auch von ihm mitentwickelten Initiative Tierwohl stehe. Zur Frage „wer zahlt?“ mochte aber dann doch wohl niemand in den Ring steigen. „Wir haben den Handel natürlich gefragt, Sie sehen daran, dass keiner da ist, wie die Antwort war,“ erklärte Moderator Harald Grethe, Vorsitzender des Beirats und Universitätsprofessor an der Agrarfakultät in Stuttgart-Hohenheim. Bauernverbandsvertreter und Schweinehalter Johannes Röring versuchte gleichwohl eine Lanze für Tierwohlinitiative und Handel zu brechen: „Wir sind erstmalig auf Augenhöhe zusammen am Tisch.“ Ob allerdings das inhaltliche Ziel derer, die da am Tisch sitzen so klar ist, zog Heinz Schwer, vom Vion Fleischkonzern im Publikum sitzend, in Zweifel. Er war es auch, der die Frage gestellt hatte, wo denn der Handel in dieser Veranstaltung sei und was denn fürs Tierwohl bleibe in einem Markt, der zu 70 % über Sonderangebote funktioniere. Zuvor hatte Tierschutzbundpräsident Thomas Schröder die jüngsten Eierpreissenkungen von Aldi Süd mit den Worten kritisiert: „Wer Preise senkt, senkt auch das Tierschutzniveau.“ Die Frage zu stellen, wer für mehr Tierschutz im Stall zahlt, ist berechtigt. Die nicht minder interessante Frage,

Tierschutzniveau erzielt werden (es gibt ein, zwei und drei Sterne) und es so gut wie keine Weiterentwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe zu höheren Standards, also mehr Sternen gibt. „Es geht uns nicht so sehr um Marktanteile, sondern um eine Bewegung“, so van den Berg. Er verweist auf Bestrebungen des Handels, nun generell die Mindeststandards anzuheben. Zumindest gefühlt hat sich in den vergangenen drei Jahren, in denen es das Label gibt, durchaus etwas getan, nicht nur in den Niederlanden. „Wir nehmen ein Tierschutzproblem wahr“, so Agrarmarketingprofessor Achim Spiller, „eine Diskrepanz zwischen der Erwartung der Öffentlichkeit und der Realität auf den Betrieben – und das als langfristigen gesellschaftlichen Wandel und nicht als kurzfristigen Trend.“ Darauf setzt denn auch Thomas Schröder mit dem Label des Tierschutzbundes und kritisierte erneut die nicht vorhandene Verbrauchertransparenz bei der Brancheninitiative Tierwohl wie auch ihre, seiner Ansicht nach, methodischen Mängel. Auf der anderen Seite steht Bauernverbandsvertreter Röring, für den „jeder in den letzten Jahrzehnten neu gebaute Stall eine Innovation auch in Sachen Tierwohl ist.“ Man fühle sich weder von der Politik getrieben noch sei die Initiative ein Anerkennen, dass alles schief laufe, so



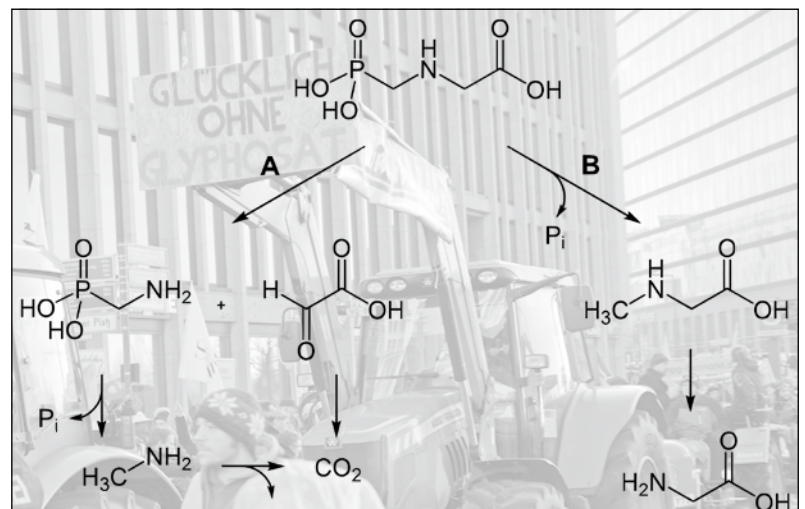


# Glyphosat, ein anerkanntes Gift

Bundesinstitut für Risikobewertung stuft Wirkstoff für Menschen als gesundheitlich unbedenklich ein

Anggelegt als offensive Öffentlichkeitsarbeit lud das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) im Rahmen der Grünen Woche zum Symposium „Gesundheitliche Bewertung glyphosathaltiger Pflanzenschutzmittel“ ein. Fazit der Behörde: Es lassen sich nach arbeitsaufwendiger Auswertung mehrerer hundert Studien nach anerkannten wissenschaftlichen Maßstäben keine gesundheitlichen Bedenken zur landwirtschaftlichen Anwendung des Wirkstoffes erkennen. Ein kritischer Blick richtete sich allein auf Risiken durch toxiologisch bedenklichere Zusatzstoffe in den gehandelten Pflanzenschutzmitteln. Neu ist, dass eine Bundesbehörde ihre Einschätzung präsentiert, bevor sich daraus eine politische Entscheidung ergeben hat. Das BfR ist eine von drei Behörden die, koordiniert vom Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL), im Auftrag der Bundesregierung einen Bericht zur Bewertung des Wirkstoffes Glyphosat erstellt haben. Deutschland ist Berichterstatter für die auf EU-Ebene im Jahr 2014 anstehende Neube-

gesetzt wird, dient das auch dazu die Problematik steigender Rückstandsmengen durch verstärkten Einsatz vom Tisch zu wischen. Es wird leichter bei Bedarf die Höchstgehalte in Produkten anzuheben, wie es z.B. für aus den USA importierte Linsen geschehen ist.“ Diese Möglichkeit erwähnt das BfR sogar selbst in seiner Pressemitteilung. Gleichzeitig betonten Mitarbeiter der Behörden zu Beginn der Veranstaltung, dass Glyphosat nur einer von vielen Wirkstoffen aus dem Bereich der Pflanzenschutzmittel, allerdings durch die hohen Verwendungsmengen zum Politikum geworden sei. 2012 wurden in Deutschland rund 20.000 Tonnen herbizide Wirkstoffe abgesetzt, davon machte Glyphosat mit 5.900 Tonnen knapp 30 % aus. Dr. Hans-Gerd Nolting vom BVL kommentierte: „Wenn ein Mittel zu oft verwendet wird, führt das häufig zu Problemen.“ Deshalb sei es Aufgabe der Behörden die Auswirkungen im Auge zu behalten, Ursachen für Rückstandseinträge zu analysieren und Reduktionsmöglichkeiten vorzuschlagen.



Glyphosat und seine Abbauprodukte

Quelle: Yikrazuul

Vorschläge zur Reduzierung der Aufwandsmengen beziehen sich auf mögliche Einschränkungen der Verwendungsbereiche für Glyphosat: Diskutiert wird, den Wirkstoff nicht mehr für die Anwendung in Haus- und Kleingärten sowie zur bisher antragspflichtigen Behandlung von Nichtkulturland, wie Gleisanlagen und befestigten Flächen, zuzulassen. Angedacht wurde auch die reduzierte Bodenbearbeitung mit Hilfe von Glyphosatanwendungen nur auf erosionsgefährdete Flächen zuzulassen. Da der Haupteintrag von Rückständen durch die zur gleichmäßigen Abreife vorgenommene Vorerntebehandlung (Sikkation) von Getreide erfolgt, wird hier über ein Verbot nachgedacht. Dann dürfte Glyphosat vor der Ernte nur noch als Pflanzenschutzmaßnahme oder im Falle von schwer erntbaren Beständen, z.B. bei lagerndem Getreide, angewendet werden.

## Ökologische Probleme

Aspekte der ökologischen Auswirkungen sollten auf der Veranstaltung nicht diskutiert werden, wurden aber immer wieder kurz angesprochen. Ob die Anregungen aufgegriffen werden, eine zweite öffentliche Diskussion zu diesem Bereich zu führen, blieb offen. Als Problemfelder benannten auch Mitarbeiter des BVL und des Umweltbundesamts die zunehmenden Fälle von Resistenzbildung in Unkräutern sowie die Beeinträchtigung der als schützenswert anerkannten Biologischen Vielfalt. Im Schlusswort von BfR-Präsident Professor Andreas Hensel blitzte jedoch auf, welcher Stellenwert ökologischen Belangen zugewiesen wird: „Wir müssen uns der öffentlichen Debatte stellen, die eben nicht nur wissenschaftliche Kriterien anlegt, sondern alle möglichen Aspekte wie z.B. biologische Vielfalt miteinbezieht.“ Im weiteren Verlauf des EU-Verfahrens liegt für Kritiker genau hier die größte Angriffsfläche des Breitbandherbizids. *cw*



Auf der BfR-Veranstaltung zu Glyphosat in Berlin

Foto: BfR

wertung zur Zulassung und hat am 19. Dezember einen 4.500 Seiten umfassenden Bericht bei der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) abgeliefert.

## Rückstände akzeptiert

Auf dem Symposium ist klar geworden, dass die zuständigen Behörden Glyphosat weitestgehend grünes Licht geben. Rückstände in der Nahrungskette und im Menschen werden in Kauf genommen und als geringfügig bzw. unproblematisch eingestuft. Die täglich duldbare Aufnahmemenge (ADI) könnte sogar, nach Einschätzung des BfR, von 0,3 auf 0,5 mg/kg Körpergewicht erhöht werden. Die Biologin Dr. Martha Mertens vermutet: „Wenn dieser gesundheitliche Grenzwert herauf-

## Einschränkungen

Probleme sieht das BfR jedoch nur im Bezug auf die Verwendung einiger in den Zubereitungen von Pflanzenschutzmitteln enthaltenen Hilfsstoffen. Besonders die zu den Netzmitteln gehörenden Tallowamine können das gesundheitliche Risiko erhöhen, da sie die Toxizität des Mittels erhöhen. Deshalb wurde eine gesonderte Bewertung in den Gesamtbericht integriert und ein Austausch solcher Stoffe vorgeschlagen, wie er in Deutschland schon seit 2009 auf freiwilliger Basis stattfindet. Allerdings sind die Zubereitungen der Pflanzenschutzmittel Geschäftsgeheimnisse der Hersteller, sodass nicht nachvollziehbar ist, welcher Ersatzstoff eingesetzt wird.

## Resistente Super-Unkräuter

„Die Vereinigten Staaten steuern auf eine Krise zu“, warnte eine im September im Wissenschaftsmagazin „Science“ veröffentlichte Studie. Auslöser der Krise in der Landwirtschaft sind Super-Unkräuter, die sich auf den Baumwoll-, Soja- und Maisfeldern in den USA ausbreiten und die vollkommen resistent gegen das Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat geworden sind. Diese Kulturen werden in den USA laut Industrieaussagen zu 90 Prozent gentechnisch verändert angebaut. Zwar habe es das Problem der Resistenz schon vor Gentechnik-Saatgut gegeben – dieses habe sich aber mit der Verwendung von GV-Pflanzen „stark beschleunigt“, so Bill Freese vom Zentrum für Lebensmittelsicherheit in Washington (CFS). Auch Charles Benbrook von der Washington State University meint, dass seit der Einführung der Gentechnik und angesichts der Super-Unkräuter die Landwirte den Einsatz von Pflanzengiften „um rund 25 Prozent pro Jahr“ erhöht hätten. Erst dies habe zu der Glyphosat-Resistenz geführt. *av*



# Gute Früchte langer Arbeit in Brandenburg

Die Handlungsempfehlungen der Enquetekommission weisen einen neuen Weg für ostdeutsche Landwirtschaft

Erstaunlich konkrete Handlungsempfehlungen der Enquetekommission in Brandenburg sind Ergebnis der intensiven und bislang einmaligen Auseinandersetzung mit den Entwicklungen, die nach der Wende im Agrarbereich in Ostdeutschland, oder eben in diesem Fall in Brandenburg stattfanden. Erstaunlich deshalb, weil man natürlich aufgrund der fraktionsübergreifenden Besetzung der Enquetekommission

gebracht werden und „tragfähige, möglichst interessengerechte Lösungen für alle Beteiligten in Form von Kompromissen“ gefunden werden. Widerstände sind allerdings vorprogrammiert, wenn sich bereits ein Bauernverbandsfunktionär in der *Märkischen Oderzeitung* mit den Worten zitieren lässt, viele der Betriebe gebe es doch gar nicht mehr. „Darum geht es ja gerade“, sagt Axel Vogel, für die Grünen im

Möglichkeiten gebe, an ihr Land zu kommen. Seiner Ansicht nach, hat auch hier das Verhalten des Landes Brandenburg nach der Wende maßgeblich dazu beigetragen, dass Wiedereinrichtung und Neugründung landwirtschaftlicher Betriebe zugunsten der Fortführung der alten LPG-Großstrukturen abgewürgt wurden. Zwar sind diese Entwicklungen kaum rückgängig zu machen, aber die Empfehlungen der Enquetekommission, die auf die zukünftige Entwicklung der Landwirtschaft in Brandenburg gerichtet sind, weisen in neue Richtung. So soll durch die zuständigen Ministerien ein Konzept erarbeitet werden zur gezielten Nutzung der landeseigenen Flächen. Dabei soll es um eine „agrarpolitische Schwerpunktsetzung durch die vorrangige Flächenverpachtung an arbeitsintensive Betriebe (insbesondere Betriebe bodengebundener Milchviehhaltung und ökologischen Landbaus), an Junglandwirte und Existenzgründer sowie zur Arrondierung bäuerlicher Betriebe geben.“ Zur Verhinderung eines weiteren Ausverkaufs des Landes an außerlandwirtschaftliche Investoren, wird eine statistische Erhebung dazu angeregt sowie eine Initiative zur „Neufassung des Grundstücksverkehrsrechts auf Landesebene mit dem Ziel, die Position der ortsansässigen Landwirte gegenüber nicht landwirtschaftlichen und überregionalen Investoren zu stärken und dafür den Erwerb von Boden so weit wie möglich auf ortsansässige Landwirte und Unternehmen im Eigentum ortsansässiger Landwirte zu beschränken und bei Ausübung des Vorkaufsrechts die Vergabe der Grundstücke nach verbindlichen Kriterien soweit wie möglich ausschließlich an ortsansässige Landwirte vorzunehmen sowie den Flächenerwerb für Mitglieder von landwirtschaftlichen Genossenschaften zu ermöglichen.“

## Transparenz

Des Weiteren wurde eine „Initiative zur Änderung der BVVG-Privatisierungsgrundsätze mit dem Ziel einer breiteren Eigentumsstreuung“ empfohlen. Um die Wertschöpfung im ländlichen Brandenburg sowie die stärkere Fokussierung auf den „Markt Berlin“ vor der Haustür zu verbessern, sollen die Landesfördermittel entsprechend eingesetzt und mehr Transparenz geschaffen werden, nicht nur durch die Offenlegung der Agrarzahlen, sondern auch durch die Veröffentlichung der jeweiligen Betriebsstrukturen, auch um der „Neiddiskussion“ zu begegnen. Einen „bemerkenswerten Prozess“ nannte Axel Vogel die Entwicklung der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission, noch ist er sicher nicht an seinem Ende angekommen. cs

## AG Bodenmarktpolitik

Die Länderagrarminister haben auf ihrer Amtschefkonferenz am Rande der Grünen Woche die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Bodenmarktpolitik beschlossen. Deren Aufgabe solle sein, Ziele für die Bodenmarktpolitik zu entwickeln und daraus Handlungsoptionen unter „besonderer Berücksichtigung des bodenrechtlichen Instrumentariums“ zu erarbeiten. Thema werden auch die Möglichkeiten zur Verschärfung des Grundstückverkehrsgesetzes sein. Wilhelm Müller, langjähriger Geschäftsführer der Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft (BVVG), äußerte sich skeptisch, er halte es für ratsam, sich zunächst über die agrarstrukturellen Ziele zu verständigen, bevor über Gesetzesänderungen nachgedacht werde. Man müsse wissen, was man agrarstrukturell wolle. pm



Johannes Erz kam mit seinem Trecker aus Brandenburg

Foto: Nürnberger

sion, die sich eigentlich insgesamt mit der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit beschäftigte - Landwirtschaft und der ländliche Raum waren nur ein Teilbereich - nicht unbedingt mit substantiellen Einigungen rechnen konnte. Zu sehr hatte bislang die SPD-Kontinuität im Landwirtschaftsministerium stets den „Brandenburger Weg“, einen der agrarindustriellen Großstrukturen, hoch gehalten. So war es denn nun auch maßgeblich der Gesinnungswandel der regierungsbeteiligten Linken, die mit der grün-schwarzen Opposition zu konkreten Aussagen bereit war.

## Tragfähiger Kompromiss

Ein zentraler Punkt in den Empfehlungen ist die Auseinandersetzung mit den fehlerhaften LPG-Umwandlungen, die derzeit auch in anderen ostdeutschen Bundesländern für mediale Aufmerksamkeit sorgen. Die Untersuchungen des Jenaer Professors Walter Bayer sind nicht neu, kritisch zu betrachten ist, dass bislang kein Landwirtschaftsministerium sich damit befasst hat. Erst auf Initiative der Enquetekommission, die die Weitergabe der Betriebsdaten an Justiz und Öffentlichkeit erreicht hatte, begannen in Brandenburg die zuständigen Registergerichte sich der Sache anzunehmen. Dieser Prozess soll nun, so die Enquete-Empfehlung, „zügig zum Abschluss“

Brandenburger Landtag und Mitglied der Enquetekommission, „das Betriebe nur scheinbar aufgelöst wurden und in Liquidation fortbestehen, in die nötige Aufarbeitung müssen endlich alle einbezogen werden.“ Bislang haben die zuständigen Agrarministerien in Brandenburg wie auch in Mecklenburg-Vorpommern keine gute Figur gemacht, der dortige Amtschef Till Backhaus, wiegelt schon seit Jahren ab, jüngst mit dem Hinweis auf die westdeutschen Berater, die seinerzeit die Genossenschaften falsch beraten hätten.

## Land für Bauern

Ein weiterer Punkt in den Handlungsempfehlungen der Enquetekommission, der sich mit der Aufarbeitung geschichtlicher Verwerfungen befasst, ist eine Initiative zur Entschädigung der Neusiedlererben, die zugunsten des Landes durch die Bodenreform Flächen verloren haben. Bis zur abschließenden Klärung solle ein Verwertungsverbot dieser Flächen gelten, so die Kommission. Des Weiteren müsse es Aktivitäten in Sachen Erbensuche geben. Zwar waren die Grünen im Brandenburger Landtag erst jüngst mit einem Gesetzentwurf in dieser Sache gescheitert, die Enquetekommission, so Vogels Hoffnung, könne nun aber trotzdem dafür sorgen, dass es für die Neusiedlererben doch noch



## Agrarpolitik wird in Europa gemacht

Die Einführung der Milchquote brachte die Bäuerin Maria Heubuch zur Politik

Der Hof liegt im Allgäu. Hier wohnt Maria Heubuch mit ihrem Mann auf dem gemeinsam bewirtschafteten Hof. Die Einführung der Milchquote und die damit verbundene „Enteignung“ der Bauern vor 30 Jahren haben Maria Heubuch politisiert. Damals engagierte sich die junge Mutter neben Hof und Familie in regionalen Arbeitskreisen des Bauernverbandes. Die unbefriedigenden Ergebnisse ließen sie 1984 zu einer Mitgründerin des „Verband für den Erhalt klein und mittelbäuerlicher Familienbetriebe e.V.“ werden. Neben der Milch wurde bald auch der Kampf gegen die Agrotechnik zu einer entscheidenden Säule ihre Tätigkeit. „Immer wieder wurde deutlich, dass wir mit regionalen Initiativen nicht genug Druck auf die Politik auf Bundes- und Europaebene machen konnten“, erklärt Maria Heubuch ihren Eintritt in die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), in der auch der „Verband für den Erhalt klein und mittelbäuerlicher Familienbetriebe e.V.“ aufgegangen ist. Schon ein Jahr später, 1998, wurde Maria Heubuch zur Bundesvorsitzenden der AbL gewählt, deren Bundesvorsitzende sie bis heute ist. Einen ersten Schritt Richtung Europaparlament hat die Bäuerin aus dem Allgäu schon gemacht, als sie Ende vergangenen Jahres ein Votum der Grünen in Baden-Württemberg bekam. Im Vorfeld der Landesdelegiertenkonferenz wurde sie von der grünen Jugend gefragt: Was macht dich zu einer Europapolitikerin? Sie, die mit Hof und Familie im Allgäu verwurzelt ist, die voller Faszination von den jungen Kälbern erzählt, die im Sommer beim Heumachen auf dem Traktor sitzt. Eine Frau, die für ihre Familie und den gemeinsamen Hof lebt. Vielleicht fällt gerade deshalb die Antwort nicht schwer. Landwirtschaftspolitik wird in Brüssel gemacht. Die Rahmenbedingungen, die auch die Zukunft des eigenen Hofes im Allgäu sichern oder zerstören, werden auf europäischer Ebene festgelegt.

Ganz aktuell ist es das geplante internationale Freihandelsabkommen mit den USA, dessen Ausgestaltung mit über die Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft im Allgäu, in Deutschland in ganz Europa entscheiden wird. Aber es sind auch die Finanzmärkte. Weit weg in Chicago, Kansas City oder London wird über die Preise von Lebens- und Futtermitteln entschieden. Wird Einfluss darauf genommen, wie viel das Tierfutter vor Ort kostet und vor allem, ob Menschen in ärmeren Ländern satt werden oder hungern müssen.

### Bündnisse schmieden

Maria Heubuch hat gelernt, dass die Politik aus dem Schmieden von Bündnissen besteht. Vor allem das Agrarbündnis, als Zusammenschluss von konventionell und ökologisch wirtschaftenden Bauern, Tier- und Umweltschützern, Kirchenvertretern, Entwicklungshilfeorganisationen und Verbrauchern, hat die gesellschaftlichen Forderungen für eine zukünftige Landwirtschaftspolitik deutlich gemacht. Als Teil dieses Bündnisses zeigt Maria Heubuch die Verbindungen von Landwirtschaft zu Klimaschutz, Biodiversität, der Energiewende und der Sicherung einer nachhaltigen nicht von Pestiziden belasteten Lebensmittelproduktion auf. Schon immer hat ihr politisches Engagement neben der Familie und den Arbeiten auf dem Hof Platz finden müssen. Inzwischen sind die Kinder erwachsen, ein neuer Milchviehstall ist gebaut und der älteste Sohn steigt in den Hof mit ein. Das schafft Zeit, sich noch mehr als zuvor gegen Agrotechnik und Marktliberalisierung einzusetzen. Für eine nachhaltige, bäuerliche Landwirtschaft, den Erhalt der Artenvielfalt, eine nachhaltige Energiewende und gesunde Lebensmittel zu kämpfen.

Maria Heubuch kandidiert Anfang Februar auf der Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen in Dresden für einen Platz auf der Europaliste. *mn*

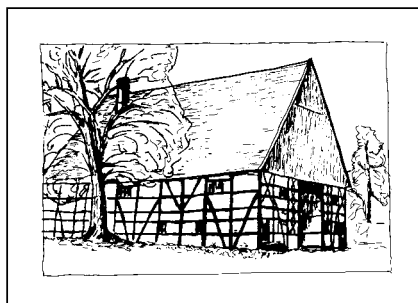


Maria Heubuch gemeinsam mit dem AbL-Bundesgeschäftsführer Georg Janßen

Foto: Jasper

## Im Leben angekommen

Köln, Mitte der sechziger Jahre. Ich bin fünf Jahre alt, sitze am Fenster einer Etagenwohnung und zeichne Pferde. Ich kann die Pferde hören. Den Rhythmus der Hufe. Terep-terep-terep. Die Südkurve der Kölner Galopprennbahn grenzt an unseren Garten. Ver-



... aus Nordrhein-Westfalen

borgten hinter Hecken und Bäumen. Die Pferde sind unsichtbar. Ich zeichne sie mit dem Bleistift: Pferde mit je vier schwarzen runden Notenfüßen. Ein langgestrecktes Pferd steht ganz ruhig in den Notenlinien, ein kurzes ist unruhig und hüpf über die Linie.

Mit siebzehn stehe ich eines Sonntagmorgens am Zaun

einer Pferdekoppel in der Nähe von Köln. Ich habe den Skizzenblock dabei und zeichne zum ersten Mal Pferde nach der Natur. Für meine Bewerbung an der Kunstakademie Düsseldorf brauche ich noch Zeichnungen. Beim Zeichnen entdecke ich, wie schön Pferde sind. Und erst das Fohlen! Doch meine Skizzen machen in Düsseldorf wenig Eindruck.

Einen Sommer später. Wehrdienst. Grundausbildung in Pinneberg bei Hamburg. Am ersten freien Wochenende mache ich eine einsame Radtour nach Bad Segeberg. Immer die B 432 lang, bis zu den Karl-May-Festspielen. „Old Firehand“ heißt das Stück auf der Freilichtbühne am Kalkfelsen, mit Raimund Harmstorf in der Titelrolle. Theater mit echten Pferden! Ich bin fasziniert von den Reikünsten der Schauspieler.

Mit 26 sitze ich zum ersten Mal selber auf einem Pferd. In Irland. Meine Frau und ich besuchen Bekannte, die an der irischen Westküste als Selbstversorger leben. Unsere Gastgeber wohnen in einem winzigen Cottage, haben kein Auto und heizen mit Torf. Zu ihren bescheidenen Reichtümern gehört das Connemara-Pony ihrer sechzehnjährigen Tochter. Wir sind mit einer befreundeten Familie in Urlaub. Das Connemara-Pony ist die große Attraktion. Ponyreiten ist angesagt. Und natürlich will ich auch mal! Geführt und angeleitet von der sechzehnjährigen Michele darf ich ein paar Meter durch die irische Küstenlandschaft reiten.

Sechszwanzig Jahre später. Ein fünfzehnjähriges Mädchen kommt auf dem Rücken einer schwarzen Irish-Cob-Stute auf unseren Hof geritten. Es ist meine Tochter. Sie hat soeben ihr erstes eigenes Pferd abgeholt. Über Feldwege und durch den Wald ist sie zwei Stunden nach Hause geritten. Ein Freund von mir hatte es immer gewusst. „Du hast eine Tochter, die reitet“, hatte Ludger gesagt, „irgendwann kriegst Du auch Pferde.“ „Das glaube ich kaum“, war meine monotone Antwort. Ich fand, wir hatten keinen Platz und keine Zeit. Dabei hatte ich schon in Irland gesehen: Die einzig wichtige Voraussetzung für ein Pferd ist jemand, der Pferde liebt und reiten will. Meine Tochter liebt Pferde. Und nimmt nun schon acht Jahre Reitunterricht. Durch ihre Reitlehrerin kamen wir an Kelly, die acht Jahre alte gutmütige Stute. Die Besitzerin gab uns ihr zweites Pferd in Pension, den Schimmel Amigo, ebenfalls ein Irish Cob. Die beiden sind unzertrennlich. Nun darf ich jeden Morgen zwei Pferde füttern. Füttern hat mir selten so viel Spaß gemacht (ehrlich gesagt: mehr Spaß als Pferde zeichnen)!

„Offenbar bist Du im Leben angekommen“, mailte neulich ein alter Freund, den ich ewig nicht gesehen habe. Ich? Angekommen? Danke Christoph, aber ich glaube es ist anders: Die Pferde sind in meinem Leben angekommen. Ein Schimmel und ein Rappe. Sie haben endlich den Zeichenblock verlassen. Nun stehen sie bei uns auf dem Hof. Herzlich willkommen im wahren Leben!

Ein Bauer (53) erzählt...

# Bäuerliche Vermarktung im Internet

Junges Unternehmen bietet Marktplatz für Produkte und Informationen vom Bauernhof

Hofprodukte im Internet bewerben und vermarkten oder als Kunde einen Überblick aller Direktvermarkter in der Region bekommen? Gar nicht so einfach zu leisten für Bäuerinnen und Bauern parallel zur täglichen Arbeit. Und eine Zusammenstellung, die bäuerliche Betriebe unabhängig von biologischer oder konventioneller Wirt-



Landwerkinitiator Benjamin Bauer ...

schaftsweise bündelt, ist bisher in Deutschland noch nicht verfügbar. Sein Konzept zur professionellen Unterstützung bäuerlicher Direktvermarkter hat der Agraringenieur Benjamin Bauer schon 2012 auf einer Tagung der jungen Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft vorgestellt – seit Oktober 2013 ist die Internetplattform [www.landwerk.org](http://www.landwerk.org) in Betrieb, 26 Höfe aus ganz Deutschland haben ihre Betriebsbeschreibungen eingestellt, mehr als 50 waren Ende 2013 insgesamt angemeldet. Von Wein, Honig und Marmelade bis zu Wurst und Fisch wird eine Reihe von Produkten über den Internetmarktplatz angeboten. Um mehr über Landwerk in der Praxis zu erfahren, war die Bauernstimme im Herbst 2013 mit dem Projektleiter Bauer zu Besuch auf einem der Betriebe, dem Milchschaafhof Bartel-Brünjes unweit der Nordseeküste. Für Bauer handelte es sich um einen Beratungstermin, den er nutzt um Hof, Menschen und Produkte kennenzulernen, Fotos zu machen, Absprachen zu treffen, Hilfestellungen anzubieten und Anregungen für die Weiterentwicklung mitzunehmen. Die Gelegenheit also, um mitzubekommen, welche Möglichkeiten Landwerk bietet und wie das Angebot wahrgenommen wird.

## Werben, verkaufen, erzählen

„Wir sind angesprochen worden - gefunden hatte uns das Team von Landwerk über das Bioland Direktvermarkterverzeichnis“, erinnern sich Ingrid und Roland Bartel-Brünjes. Die beiden halten auf moorigem Standort

200 Ostfriesische Milchschafe und betreiben eine Hofkäserei. Hergestellt wird pasteurisierte Milch, Joghurt pur und mit Frucht, Quark sowie Frisch- und Weichkäse. Im Online-Shop von Landwerk wird zunächst als ungekühlt lieferbare Spezialität die Schafsalami angeboten. Wenn ein Verkauf stattfindet, fallen 12,5 % Provision auf den Bruttowarenwert sowie 1,50 Euro pro Bestellung für die Vermarktungsplattform an. „Die Teilnahme bei Landwerk und die Nutzung der Werbefunktion ist ansonsten komplett kostenlos“, erklärt Bauer. Die Höfe haben drei Möglichkeiten sich zu präsentieren: Grundlage ist das Hofportrait und die Vorstellung der eigenen Produkte. Zusätzlich kann der Marktplatz zum Verkauf genutzt werden und in Zukunft soll es einen Bereich geben, in dem Bauern in kurzen Einträgen von ihrer Arbeit erzählen können. Angedacht ist, hier auch Organisationen wie die AbL, die sich politisch für bäuerliche Landwirtschaft einsetzen, zu Wort kommen zu lassen. Mitmachen können Bauern und Bäuerinnen, die ohne gentechnisch veränderte Organismen und Futtermittel arbeiten und keine Massentierhaltung in einem Intensiv-Tierhaltungsstall betreiben, der eine Genehmigung nach Bundesimmissionsschutzgesetz erfordert. Es können selbst erzeugte Lebensmittel und Kunsthandwerk sowie verarbeitete Produkte mit mehr als 50 % Zutaten aus eigener Herstellung gehandelt werden. „Das ist eine tolle Idee, professionell und bedienfreundlich. Selbst hätten wir gar keine Zeit, so was aufzubauen. Wir würden aber gern mehr Produkte selbst vermarkten“, antwortete Roland Brünjes auf die Frage, was sie motiviert habe, mitzumachen. In der Nähe des

Hofes sind keine viel versprechenden Absatzmärkte, bisher werden deshalb 80 bis 90 % der Produkte über den Biogroßhandel vertrieben.

## Bio und konventionell gemeinsam

Wie kommen die ökologischen Schafhalter damit klar, dass bei Landwerk sowohl biologisch als auch konventionell wirtschaftende Betriebe mitmachen können? „Das verwässert sonst schon oft“, äußert Roland Brünjes Bedenken: „Regionale Produkte werden in Läden und von den Kunden häufig einfach mit bio gleichgesetzt. Dabei geht es um ganz andere Kosten. Wenn Produkte handwerklich verarbeitet sind und direkt vermarktet werden, dann macht das in diesen Punkten genau so viel Arbeit, das stimmt. Aber die Erzeugungskosten, ökologische Zutaten und Kontrollen sind teuer und brauchen deshalb ein anderes Preisniveau.“ Ingrid Bartel-Brünjes findet deshalb wichtig, „dass bio gut gekennzeichnet wird und sich die Höfe ansonsten ehrlich, ausführlich und individuell selbst darstellen.“ Die Wirtschaftsweise und Verbandszugehörigkeit ist nur eine von mehreren Kategorien, nach denen ein Nutzer der Landwerk-Seite auf der Suche nach Höfen filtern kann: Bundesland, Produkte, Angebote zu Freizeit und Bildung sowie Besonderheiten wie eine seltene Nutztier rasse im Falle des Milchschaafhofes.

## In den Kinderschuhen

Neben der technischen Betreuung der Internetplattform und begleitenden Marketingaktivitäten bietet das Team von Landwerk einen beratenden Kundenservice an. Bauer bespricht mit den Betriebsleitern Bartel-Brünjes deren ei-

gene Kundenkommunikation, liefert weitere Ideen und kann auf Wunsch auch Werbematerial herstellen. Vor allem die Beratung zu Verpackungsmöglichkeiten für das Versenden der Produkte wird nach seinen Angaben gerne angenommen, da dies häufig Neuland für die Höfe ist. Für Frischware, wie sie der Milchschaafhof herstellt, haben sich Bauer und sein Team extra mit Kühlkonzepten beschäftigt, die sie einer eigenen Testphase unterzogen haben. Wieviel über Landwerk umgesetzt wird, hängt vor allem von der Reichweite und der Bekanntheit ab. Deswegen ist Bauer zur Zeit damit beschäftigt, über die Internetplattform zu informieren, um möglichst viele neue Höfe für die Idee zu begeistern und potentielle Kunden aufmerksam zu machen. So arbeitet das Landwerk-Projektteam daran, bei Suchanfragen im Internet zu passenden Stichworten aufzutauchen, verteilt ganz handfest kreative, ansprechende Flyer und präsentiert sich bei Veranstaltungen und Verbänden - Marketing eben, für die öffentliche Aufmerksamkeit.

Als Starthilfe konnte Landwerk auf 25.000 Euro zurückgreifen, die durch sogenanntes „Crowdfunding“ über die Internetseite Indiegogo gesammelt wurden. Bei dieser Schwarmfinanzierung stellen sich Projekte vor und werben mit ihren Ideen um eine Vielzahl interessierter Menschen, die jeweils Kapital in kleinem Umfang zur Verfügung stellen. Ein Start ist gemacht, Interesse an Landwerk ist da - was daraus entsteht, ergibt sich jedoch erst nach und nach. Potential und Engagement steckt einiges drin für Direktvermarkter und die öffentliche Darstellung bäuerlicher Betriebe.

cw



... und die Schafe vom Landwerk-Hof Bartel-Brünjes

Fotos: Landwerk





## Bücher für die Landwirtschaft

Die Bücher sind bei Agrar Media oder über den Buchhandel bestellbar. Sichern Sie sich jetzt Ihr persönliches Exemplar!



*Fachbuch über tiergerechte und gesunde Rinderernährung.*

ISBN 978-3-9814628-0-7

69,95 €



*Firmenchronik des ostwestfälischen Landtechnikherstellers Köckerling.*

ISBN 978-3-9814628-1-4

29,95 €



*Ein Überblick über 100 Jahre Diesel-Landtechnik.*

ISBN 978-3-9814628-2-1

24,95 €

Telefonische Bestellhotline: +49 5246 83860 -10 | Bestellfax: +49 5246 83860 -50  
E-Mail: buch@agrar-media.de | www.agrar-media.de

Kurzes am Rande

### Die Saat – Vorbereitung des Bauernkriegs

Es geht um ein wenig erfolgreiches, aber kämpferisches und spannendes Kapitel zu Beginn der mittelalterlichen Bauernaufstände. 1493 verschworen sich elsässische Bauern gegen die unterdrückende Herrschaft der Fürsten. Ihr Geheimbund „Bundschuh“ wurde verraten und viele Mitglieder hingerichtet. Einem der Anführer, Bauernsohn Joß Fritz, gelingt die Flucht. Er trägt gemeinsam mit anderen den Gedanken freier Bauern weiter und wird zur Legende. Die Geschichte wird mit teils altmodischer Wortwahl erzählt, was gut zu der beschriebenen Zeit passt. Etwas langatmig kommt die Handlung daher. Die Beschreibung, wie vorsichtig und kreativ die Saat für den Mut zu neuen Aufständen gelegt wird, ist jedoch beeindruckend. So wird die Randgruppe der umherziehenden Bettler miteinbezogen, die wenig auffallen, aber überall zugegen sind und sich gut auf das Weitertragen von Informationen verstehen. Der Autor Gustav Regler hat diese Geschichte schon 1936 geschrieben und zog bewusst historische Parallelen zur Motivation für den antifaschistischen Widerstand zu Beginn der Nazizeit. cw

Gustav Regler, *Die Saat*, 384 Seiten, ISBN 3-293-20630-1, Neuauflage Unionsverlag 2013, 12,95 €, zu beziehen über den ABL Verlag

### Film über das liebe Rindvieh

Den Kühen ihre Hörner! So lässt sich die Aussage dieses Dokumentarfilms knapp zusammenfassen. Dargestellt werden drei Milchbauern aus dem Allgäu, die sich bewusst für behornnte Tiere entschieden haben und auf Weidehaltung und Platz im Stall setzen. So hat Franz Josef Kögel eine intensive Zeit des Umdenken hinter sich; seine philosophisch nachdenklichen Kommentare machen deutlich, wie wichtig dieser Prozess, weg vom Streben nach Hochleistung und reiner Stallhaltung, für ihn und seine Zufriedenheit war. Die Milchkühe geben zwar weniger Milch, sind aber gesund und leben länger. Auch Familie Schwärzler und Josef Notz halten behornnte Kühe und finden, Haltungs- und Lebensbedingungen sollten dem Tier angepasst werden und nicht umgekehrt, nur damit mehr Tiere in einen Stall passen. Der Tierarzt Dr. Rupert Ebner schätzt diese Einstellung und freut sich besonders an der von ihm betreuten Herde Murnau-Werdenfelser, einer vom Aussterben bedrohten Rinderrasse. cw

*Das liebe Rindvieh*, Dokumentarfilm von Bertram Verhaag, DVD 45 min., ISBN: 978-3-935573-76-4, Denkmal Film Verhaag, München 2013, 16,90 €, zu beziehen über den ABL Verlag

### Hühnerhölle – ein Krimi aus dem Münsterland

Das Thema Massentierhaltung zieht in die Landkrimis ein. Wilhelm Kock, Besitzer einer Hühnerfarm mit zigtausenden Tieren, liegt erschlagen auf dem Grab seiner ersten Frau. Kommissar Hufeland und Kripo-Azubi Kuczmanik ermitteln in der kleinen westfälischen Gemeinde Vennebeck. Im Grunde hatten alle Dörfler ein Motiv für den Mord, denn ganz Vennebeck stöhnt seit Jahren wegen des Gestanks und der Umweltbelastungen durch die Farm. Eine leichte Krimikost für den Feierabend mit hochaktuellem Thema. vt

Herbert Beckmann, *Hühnerhölle*, 273 Seiten, ISBN: 978-3-839-214-15-2, Gmeiner Verlag 2013, 9,99 €, zu beziehen über den ABL Verlag

#### Bestellcoupon

Ich bestelle:

**Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht**

bitte ankreuzen

Ausgabe:  2014  2013  2012  2011  2008  2007  
22,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€

- |   |                    |
|---|--------------------|
| .... Expl. Bauernparty Neuerscheinung           | Stückpreis 11,- €  |
| .... Expl. Nützt ja nix                         | Stückpreis 11,- €  |
| .... Expl. Aus dem Moor (erweiterte Neuausgabe) | Stückpreis 11,- €  |
| .... Expl. Ein Bauer erzählt, CD                | Stückpreis 10,- €  |
| .... Expl. Schubkarrenrennen,                   | Stückpreis 11,- €  |
| .... Expl. Nehmt und Euch wird gegeben          | Stückpreis 27,40 € |
| .... Expl. Der Wollmützenmann,                  | Stückpreis 11,90 € |
| .... Expl. Matthias Stürwoldt live, CD,         | Stückpreis 9,50 €  |
| .... Expl. Verliebt Trecker fahren,             | Stückpreis 9,90 €  |
| .... Expl. was für'n schöner Scheiß, CD         | Stückpreis 10,- €  |
| .... Expl. König Silo, CD                       | Stückpreis 10,- €  |
| .... Leitbild Schweiz oder Kasachstan           | Stückpreis 8,-€    |
| .... Expl. Jung, dynamisch, erfolglos?          | Stückpreis 8,-€    |
- weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: \_\_\_\_\_ BLZ: \_\_\_\_\_ Bank: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_ ggf. E-Mail: \_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_ Adresse: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

## (Klein) Anzeigen

## Anzeigenpreisliste 2014:

www.bauernstimme.de/unabhaengige-bauernstimme/anzeigen.  
Anzeigen und Chiffrezuschriften bitte an: Fax: 02381-492221, E-mail: anzeigeng@bauernstimme.de. Anzeigenschluss für BS März ist der 17. Februar 2014

## Hof und Arbeit


- **Junge Betriebsgemeinschaft** bei Überlingen am Bodensee (Demeter) sucht zum 01.07.2014 oder nach Vereinbarung Geselle m/w oder Mitarbeiter m/w für Feldgemüse (ca. 50 ha). Schwerpunkte: Anbau/Kulturführung/Anleiten von Mitarbeitern. Voraussetzungen sind: T-Führerschein, selbständiges Arbeiten und Lust an Teamwork. Wohnung auf dem Hof ist vorhanden. Bei Interesse bitte melden bei: Benjamin Gosewinkel ☎ 0176-10615857 oder info@helchenhof.de
- **Gärtnerhof Kreis Steinburg S-H** 17,5 ha zu verpachten ab 01.07.2014 einschließlich Abokisten und Marktstand. Weitere Informationen: Stiftung Aktion Kulturland ☎ 04632-7266, email: c.steib@aktion-kulturland.de
- **Junger Betrieb** sucht Trecker 60-100 PS, Fendt/Deutz mit Druckluftanlage, Frontlader, Allrad, 540/1000 Zapfwelle ☎ 033432-747333, mobil 01577 5179727, email: bienenwerder@web.de
- **Bauernfamilie mit Kindern** für Hofnachfolge gesucht. 50 ha, Fleckvieh (Milch), Mittelgebirgslage, Erfahrung in Käseerei und Arbeit mit Zugpferden erwünscht. ☎ 037754-2213 (Winter) oder ☎ 037754-75578 (Sommer), nach 19 Uhr
- **Gemeinschaft gründen**, Landkreis Nienburg/Weser: seltene Schaffrasen züchten, Holzwerkstatt, Permakultur, Selbstversorgung, ect, ☎ 05883-4190174, neues.land@gmx.de

## Sonstiges

- **Ferienhaus in SW Frankreich** in alter Dorfstruktur mit großem Garten und alter Werkstatt. Atlantik-Sandstrände in 90 km. ☎ 05021-4186, www.ARRAMIS.de
- **Bioland Obstbäume** Hoch- und Halbstämme in bewährten Sorten. Holunderstämme „Haschberg“. Biolandbauschule PFLANZLUST, 34466 Wolfhagen, www.biobaumversand.de, ☎ 05692-8635

## Tiermarkt

- **Border Collie Welpen**, Eltern aus Hütelinienzucht, schwarz/weiß ohne Papieren, geb. 16.10.2013, ab sofort abzugeben ☎ 08679-914968
- **Verkaufe** laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609



## GRUNDSTÜCKE FÜR WINDENERGIEANLAGEN GESUCHT!

Sichern Sie sich langfristig garantierte Pachteinnahmen bei weiterhin möglicher land- und forstwirtschaftlicher Nutzung!

wpd onshore GmbH & Co. KG  
Bremen, Bietigheim-Bissingen,  
Düsseldorf, Kassel, Potsdam, Viöl  
**Telefon: 07142 / 77 81-0**  
**akquise@wpd.de, www.wpd.de**



Die AbL Niedersachsen sucht gemeinsam mit dem Kompetenzzentrum Ökolandbau Niedersachsen GmbH (KÖN) für den Dienstort Visselhövede

**eine/n Projektmitarbeiter/in im Bereich heimische Eiweißfuttermittel - in Vollzeit (40 Stunden/ Woche), Beginn 01.03.2014, zunächst befristet bis zum 31.12.2016.**

## Stellenbeschreibung:

Aufbereitung von Hintergrundinformationen, Gewinnung, Vernetzung und Betreuung von Demonstrationsbetrieben, Zielgruppenspezifische Erstellung von Medien und Publikationen, Präsentation, Vorträge, Mitarbeit bei Veranstaltungen, Durchführen von Fortbildungen für Betriebe, Vernetzung der Akteure

Ausführliche Informationen unter

<http://www.oeko-komp.de/Nachrichten/Jobs>

Bewerbungen baldmöglichst, spätestens 03.02.2014 ausschl. in einer pdf- Datei per E-Mail an: [m.wildung@oeko-komp.de](mailto:m.wildung@oeko-komp.de)



### Tagungen des Landesverbands Bayern zu: „Proteinversorgung aus betriebseigenem Grundfutter - Einsatz von Weide und Grasprodukten in der Milch- und Fleischerzeugung“

**Region Franken:** 18.02.2014 im Landgasthof Bergwirt, Schernberg 1, 91567 Herrieden  
**Region Chiemgau-Inn-Salzach** 22.02.2014 im Gasthof Glück, Ledern 1, 84529 Tittmoning  
**Region Allgäu-Oberland:** 24.02.2014 im Gasthof auf dem Auerberg, Auerberg 2 86975 Bernbeuren  
Die Tagungen beginnen um 9.30 Uhr, Ende ca. 16.00 Uhr  
Tagungsprogramm unter [www.abl-bayern.info](http://www.abl-bayern.info)

## Veranstaltungen



### Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen Jahresmitgliederversammlung & Tag der Landwirtschaft

08.02.2014, von 9 Uhr bis 18 Uhr

9.00 Uhr Begrüßung und Vorstellungsrunde  
10.00 Uhr Vorträge:

„Alte Nutztierassen, Perspektive für bäuerliche Betriebe“  
- Annika Bromberg, GEH e.V.

„Bodensicherung durch neue Formen der Allmende“  
- Dr. Titus Bahner, Vorstand der Kulturland e.G.

14.00 Uhr Diskussionsrunde:  
„Kirchenland in Bauernhand - Wie kommen bäuerliche Betriebe an Land?“

16.15 Uhr Mitgliederversammlung

Anmeldung Tel.: 036421- 23497, Fax: 03641-448813, mail@ra-kersten.de  
Unkosten: 20-30 € für Getränke, Imbiss, Mittagessen, Kaffee und Kuchen  
Ort.: Ricarda-Huch-Haus, Löbdergraben 7, 07743 Jena



### Bayern Jahresmitgliederversammlung

09.02.2014, von 9 Uhr bis 18 Uhr

10.00 Uhr Eröffnung Begrüßung  
„Bodenfruchtbarkeit als Grundlage für die Zukunft unserer Kultur - Bilderreise in die Wunderwelt des lebendigen Bodens“  
- Vortrag von Hermann Pennwieser

13.00 Uhr Mitgliederversammlung  
Jahresrückblick der Vorsitzenden, Kassenbericht, Bericht aus den Regionalgruppen  
Neuwahl der Vorstandsschäft

Ort.: Ampfinger Hof, Marktplatz 16, 84539 Ampfing



### Rheinland-Pfalz und Saarland Jahresmitgliederversammlung

16.02.2014 ab 10.30 Uhr

Tagesordnung:  
Begrüßung, Bericht des Vorstandes und Kassenbericht  
Bericht aus der Bundesarbeit  
- Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer  
Haushaltsplan und Ausblick 2014 und Aussprache

St. Martin Gastronomie Eifel-Maar-Park 11, 56766 Ulmen Tel: 02676-910382  
gegen 12.30 Uhr Möglichkeit eines gemeinsamen Mittagessens



### Frühjahrstagung Schleswig-Holstein Weichenstellung für bäuerliche Höfe

Debatte über notwendige agrar- und marktpolitische Maßnahmen am Beispiel Milch  
27.02.2014, 10 Uhr bis 15 Uhr

10 Uhr Begrüßung und Moderation, Florian Gleißner, AbL SH  
Vorträge:  
„Nährstoffüberschüsse durch Konzentration in der Tierhaltung“ - Prof. Dr. Friedhelm Taube, Uni Kiel  
„Bodenmarktentwicklung“,  
- Diedrich von Hobe, Geschäftsführer der Landgesellschaft  
„Wieviel kostet die Milcherzeugung?“,  
- Peter Guhl, Vorstandsvorsitzender MEG Milchboard  
„Stand zur Umsetzung der GAP-Reform in Schleswig-Holstein“  
- Bernd Voß, Bundesvorsitzender der AbL e.V.

13 Uhr Podiumsdiskussion:  
„Politische Weichenstellungen für notwendige Alternativen“  
Robert Habeck, Landwirtschaftsminister in Schleswig-Holstein  
Bernd Voß, Bundesvorsitzender AbL e.V., Joachim Schoof, Landesteam BDM, Dr. Ina Walenda, Landesgeschäftsführerin BUND  
Moderation: Andrea Kraus, AbL Schleswig-Holstein  
Anmeldung zum Shuttle vom Bahnhof Rendsburg bei Jan Wendel, AbL Schleswig-Holstein: [wendel@abl-ev.de](mailto:wendel@abl-ev.de), Tel.: 0152-28545399  
Ort: Möhls Gasthof ([www.moehls.de](http://www.moehls.de)) in 24808 Jevenstedt, Dorfstr. 12

### Gentechnik auf dem Teller?

06.02.2014, Hesel, 20.00 Uhr  
Infoveranstaltung mit Jörg Bergstedt  
MetaGastronomie, Kirchstr. 1, 26835 Hesel

### Landgrabbing für Rendite

14.-16.02.2014, Köln  
Agrarland ist heute eine attraktive Geldanlage, denn es ist ein zunehmend knapper werdendes Gut. Klimawandel, Flächenversiegelung, Erosion der Böden, die wachsende Nachfrage nach Agrartreibstoffen und pflanzlichem Ersatz für Plastik usw. machen Investitionen in Ackerboden inzwischen auch für institutionelle Anleger interessant. Wie funktionieren diese Geldanlagen von Pensionskassen und Entwicklungsbanken?  
Infos: <http://www.fian.de/mitmachen/termine/>, Anmeldung: [g.falk@fian.de](mailto:g.falk@fian.de)  
Tel.: 0221-7020072

### Saatgutfestival

15.02.2014, Iphofen, 11-17 Uhr  
Vortragsprogramm, Ausstellungen und Markt der Vielfalt  
Unkostenbeitrag 2- €, Karl-Knauf-Halle, Schützenstraße 3, 97346 Iphofen

### Kommt in die Regionen!

21.02.2014 Bräunlingen, 20.00 Uhr  
Vorstellung und Arbeitsschwerpunkte der AbL Baden-Württemberg und unsere Vorschläge zur Umsetzung der Agrarreform in Baden-Württemberg zur Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft, mit Anneliese Schmech, Ehrenvorsitzende und Frieder Thomas, Geschäftsführer  
Gaststätte „Zum Löwen“, 78199 Bräunlingen, Friedhofweg 4

### AgrarBündnis-Tagung

28.02.-01.03.2014, Hofgeismar  
Tiere, Menschen, Umwelt unter (Kosten-)Druck. Der Preiskampf um das Angebot möglichst günstiger Fleischprodukte wird als Druck auf Tiere, Menschen und Umwelt weitergegeben. Welche Haltungsbedingungen sind ethisch als „artgerecht“ vertretbar? Was bedeutet „Wachse oder weiche“ für Bäuerinnen und Bauern? Diese und andere Fragen werden auf der Tagung diskutiert.  
Infos: [www.agrarbuendnis.de](http://www.agrarbuendnis.de)

### Milchtagung

10.03.2014, Hardehausen  
Ort: Katholische Landvolkshochschule „Anton Heinen“, Hardehausen, Abt-Overgaer-Straße 1, 34414 Warburg

### Regionalgruppe Franken Jahresmitgliederversammlung

12.02.2014, 19.30 Uhr  
Ort: Brauereigasthof Klaus, 96114 Hirschaid, Luitpoldstraße 11

### Vorankündigung

Mitgliederversammlungen  
März 2014  
09.03.2014 Niedersachsen  
16.03.2014 Baden-Württemberg  
16.03.2014 Nordrhein-Westfalen  
Bitte notieren!, Weitere Informationen in der Märzausgabe der Unabhängigen Bauernstimme und [www.abl-ev.de/Termine](http://www.abl-ev.de/Termine)





# Solidarische Landwirtschaft

sich die Ernte teilen

**Frühjahrstagung 2014  
des Netzwerk Solidarische Landwirtschaft**  
vom 14.-16.2.2014

Die SoLaWis wachsen und reifen, Initiativen sprießen aus dem Boden, das Netzwerk entwickelt sich und es ist ein zunehmendes Interesse der Öffentlichkeit und Wissenschaft zu spüren. Gleichzeitig werden Herausforderungen und Notwendigkeiten deutlicher. In so einer dynamischen Zeit gibt es vieles zu berichten und es ist angebracht uns gegenseitig zu stärken, zu informieren, weiterzuhelfen und zu feiern! Das Treffen richtet sich besonders an Menschen, die in SoLaWis oder Gründungsinitiativen aktiv sind, ist darüber hinaus aber offen für alle an solidarischer Landwirtschaft interessierten Menschen!

Wir werden gemeinsam eine inspirierende und den Austausch fördernde Atmosphäre erschaffen, in der alle eure mitgebrachten Fragen, Themen, Ideen und Projekte ihren Raum finden können. Wir werden Open Spaces bilden, Arbeitsgruppen einberufen, tanzen, Bilder sehen, Visionen teilen und nächste Schritte planen.

Als interessanter Input wird Veikko Heintz die Ergebnisse der „Betriebsumfrage zu Rechtsformen und Organisation in der Solidarischen Landwirtschaft“ präsentieren.

Das Treffen wird im Tagungshaus der Kommune Niederkaufungen in Kassel stattfinden. Beginn ist am Freitag um 16 Uhr, Abschluss Sonntag 14.30 Uhr. Die Rote Rübe, das Gemüsebaukollektiv der Kommune, ist Teil einer SoLawi und kooperiert eng mit der Gärtnerei Wurzelwerk in Escherode.

Anmeldung und Veranstaltungsort:  
Tagungshaus Niederkaufungen, Wilhelmstrasse 7, 34260 Kaufungen  
Anfahrt: <http://www.kommune-niederkaufungen.de/tagungshaus/wege.htm>  
Anmeldeformular unter [www.solidarische-landwirtschaft.org](http://www.solidarische-landwirtschaft.org)  
Anmeldungen, Fragen und Anregungen an:  
[anmeldung@solidarische-landwirtschaft.org](mailto:anmeldung@solidarische-landwirtschaft.org)



## Landeskontakte

### Schleswig-Holstein

Ansprechpartner Sprecherrat

Andrea Kraus, Tel. 0177 439 1708, [and.rea.kraus@gmx.de](mailto:and.rea.kraus@gmx.de); Jan Wendel, Tel. 0152 28545399, [dschahn@gmx.de](mailto:dschahn@gmx.de); Florian Gleißner, Tel. 0152-02610448, [florian.gleissner@domaene-fredenburg.de](mailto:florian.gleissner@domaene-fredenburg.de)

### Niedersachsen

Landesverband: Ottmar Ilchmann, Tel.04967-334, [o.ilchmann@yahoo.de](mailto:o.ilchmann@yahoo.de)

Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, [neulandhof-schulz@gmx.de](mailto:neulandhof-schulz@gmx.de)

Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, [biohof-boese-hartje@t-online.de](mailto:biohof-boese-hartje@t-online.de)

Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, [jradem1308@aol.com](mailto:jradem1308@aol.com)

Südnds.: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, [kaesehof@t-online.de](mailto:kaesehof@t-online.de)

Weser-Ems: Ernst Steenken, Tel. 04482-660, [steenken@ewetel.net](mailto:steenken@ewetel.net)

### Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

### Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221

Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069

Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264

Herford: Friedel Gieseler; Tel.: 05221/62575

Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761

Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421

Gentechnik: Reinhard Fiengenbaum, Tel: 05484/657

Westmünsterland: Martin Ramschulte; Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

### Hessen

Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, [Bio-Nagel@t-online.de](mailto:Bio-Nagel@t-online.de)

Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, [Lange.Wellingerode@t-online.de](mailto:Lange.Wellingerode@t-online.de)

Henrik Maaß, Tel.: 05542-500267, Mobil.: 0160/8217015, [maass@abl-ev.de](mailto:maass@abl-ev.de)

### Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch,

Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: [Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de](mailto:Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de);

Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; [www.abl-rlp-saar.de](http://www.abl-rlp-saar.de)

### Baden-Württemberg

Geschäftsstelle Landesverband: Frieder Thomas; Tel.: 07531 282939-1, [thomas@abl-ev.de](mailto:thomas@abl-ev.de)

Bodensee: Anneliese Schmeh; Tel.: 07553-7529, [a.schmeh@hagenweilerhof.de](mailto:a.schmeh@hagenweilerhof.de)

Oberschwaben: Bärbel Endraß; Tel.:07528-7840, [info@biohof-endrass.de](mailto:info@biohof-endrass.de)

### Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654

Geschäftsstelle: Gertraud Gafus und Andrea Eiter; AbL-Bayern Irlberg 41 83454 Anger Tel.: 08656-393; Internet: [www.abl-bayern.de](http://www.abl-bayern.de) Mail: [abl-bayern@web.de](mailto:abl-bayern@web.de)

Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax:08679/914284, Gertraud Gafus, Tel. 08656-393

Land an Rott und Inn: Margarete Stoiber, Tel. 08536-91091; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725-304; e-mail: [konrad.zanklmaier@vr-web.de](mailto:konrad.zanklmaier@vr-web.de)

Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel: 08320-512; [ablallgaeu@gmx.de](mailto:ablallgaeu@gmx.de)

Oberland: Irene Popp, Tel. 0176-98148203, [irene-popp@web.de](mailto:irene-popp@web.de); Walter Mauk, Tel. 08179-33

Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: [abl-bayern@web.de](mailto:abl-bayern@web.de)

Franken: Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194 / 8480

Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, [brandl-anton@gmx.de](mailto:brandl-anton@gmx.de); Barbara Greimel

Tel. 09090-5791396, [adelguetl@online.de](mailto:adelguetl@online.de)

Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, [aheiter@freenet.de](mailto:aheiter@freenet.de); Armin Hartleitner,

0175-72 550 12, [armin.hartleitner@ziertheim.net](mailto:armin.hartleitner@ziertheim.net); Internet: [www.abl-bs.de](http://www.abl-bs.de);

### Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Michael Beleites, [michael.beleites@web.de](mailto:michael.beleites@web.de) (Sachsen); Michael Grolm, Tel:

036450/446889, [M.Grolm@gmx.de](mailto:M.Grolm@gmx.de) (Thüringen)

Sachsen Anhalt: Claudia Gerster, Tel: 034465/21005, [sonnengut-dietrichsroda@t-online.de](mailto:sonnengut-dietrichsroda@t-online.de)

Thüringen: Volkmar Voigt, Tel: 036694/36250, [volkmarvoigt@web.de](mailto:volkmarvoigt@web.de); Frank Neumann, Tel:

036623/23737, [berghoffrank@hotmail.de](mailto:berghoffrank@hotmail.de); Daniela Kersten, Tel: 036421/23497,

[mail@kanzlei-kersten.de](mailto:mail@kanzlei-kersten.de);



## Bundeskontakte

### Bundesgeschäftsstelle:

Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: [info@abl-ev.de](mailto:info@abl-ev.de)

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28,

21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Julia Frenzel, Tel: 0152-28625363, [junge-abl@abl-ev.de](mailto:junge-abl@abl-ev.de)

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298;

Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455

Interessengemeinschaft Ostdeutschland:

Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273

Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken

Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, [eckehard.niemann@freenet.de](mailto:eckehard.niemann@freenet.de)

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annemarie Volling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg; Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758,

E-Mail: [gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de](mailto:gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de)

Eiweißpflanzenprojekt: „Vom Acker in den Futtertrog“:

Christoph Dahlmann, Tel: 02381/9053170, [dahlmann@abl-ev.de](mailto:dahlmann@abl-ev.de)

Internationale Agrarpolitik:

Berit Thomsen, Tel.: 040/397858, Fax: 040/3978587, [thomsen@abl-ev.de](mailto:thomsen@abl-ev.de)



## Mitgliedsantrag **Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.**

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 99,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 134,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von \_\_\_\_\_ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 44,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 69,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ, Wohnort (Landkreis): \_\_\_\_\_

Telefon/Fax E-Mail: \_\_\_\_\_

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: \_\_\_\_\_

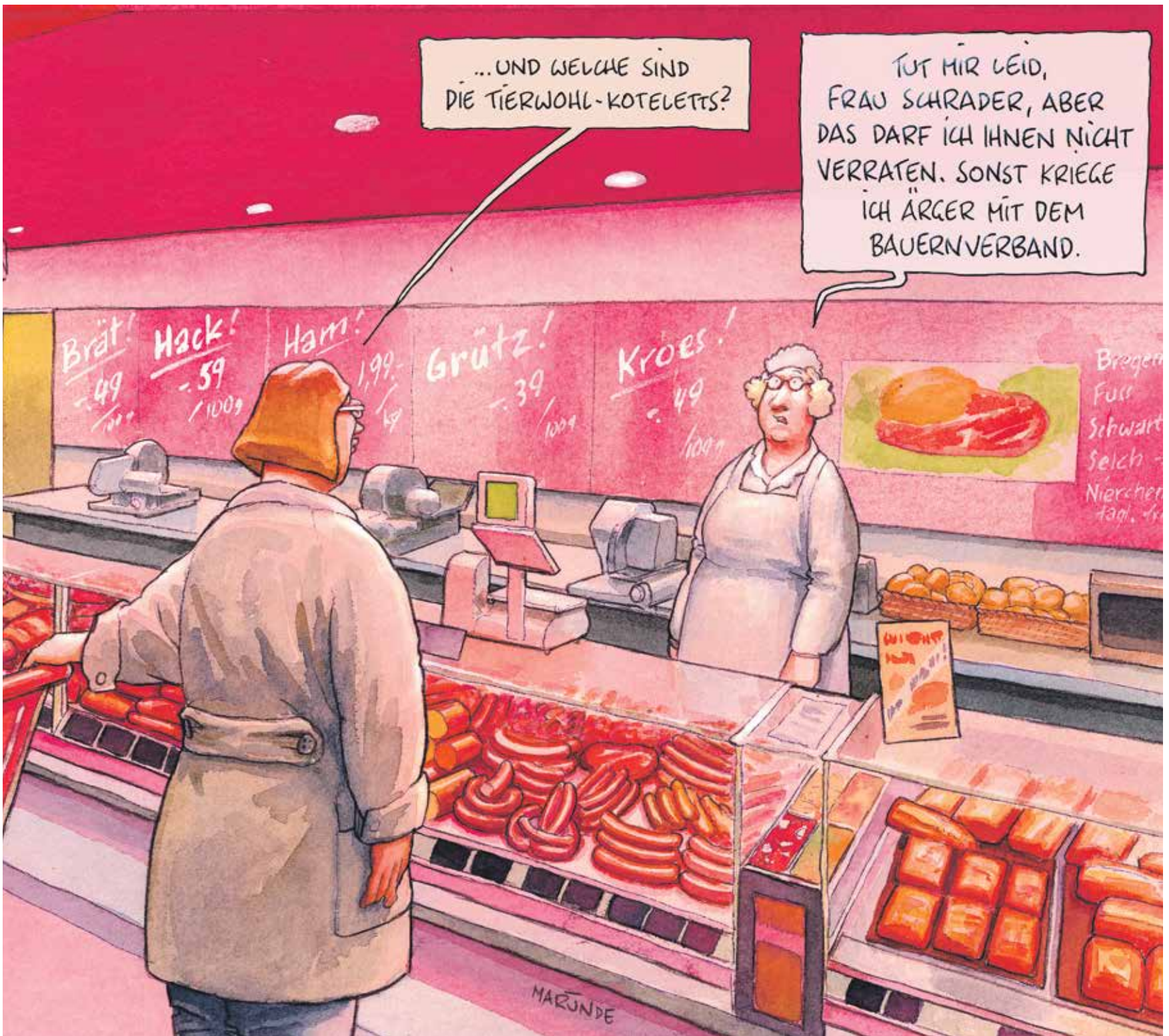
BLZ: \_\_\_\_\_

Bank: \_\_\_\_\_

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_





www.marunde.info

## **unabhängige** bauernstimme: sagt, was drin ist!

02/2014

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (39,60 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 28,40 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,- € bzw. 32,- € für  6 oder  12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnettin / des Abonnenten Datum Beruf  
 (bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221